

*Lück*

# NEUE ZEIT

---

W O C H E N S C H R I F T

---

## I N H A L T

Über die Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit . . . . .	1
E. VARGA — Die Genfer Welthandelskonferenz . . . . .	4
D. MELNIKOW — Das Problem des Ruhrgebiets und die Politik der Großmächte . . . . .	10
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	14
A. TWERSKOI — Brief aus der Mandschurei . . . . .	18
A. GONTSCHAROW — In Mexiko (Reisenotizen) . . . . .	24
Kritik und Bibliographie:	
B. KOTSCHUBEJ — Franco und sein Regime . . . . .	28
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	32

20

16. Mai 1947

---

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftleiter: W. BERESIN**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---

---

## Über die Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit

DIE ERGEBNISSE der Moskauer Außenministerberatung stehen im Brennpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit. In diesem Zusammenhang ergibt sich von neuem die Frage nach den Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit.

Manche ausländischen Beobachter haben es sich zur festen Tradition gemacht, sich am Vorabend aller wichtigen internationalen Verhandlungen in düsteren Prophezeiungen zu ergehen. Presseorgane, die sich an diese Tradition halten, unkten schon lange vor der Moskauer Tagung, diese würde unweigerlich scheitern. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn sie nach Abschluß der Tagung in derselben Tonart fortfahren. Wir haben es hier jedoch mit einem wohlberechneten Pessimismus zu tun, der auf Bestellung zur Schau getragen wird und ungeniert mit den Tatsachen umspringt.

Die Tatsachen zeigen nämlich, daß auf der Moskauer Tagung angesichts der Schwierigkeit und Bedeutung des zu lösenden deutschen Problems nicht wenig geleistet worden ist. Wer nicht wundergläubig ist, muß erkennen, daß die Erzielung gemeinsamer Beschlüsse über ein solches Problem Zeit, Geduld, guten Willen und ernste Mühe kostet. Die Moskauer Tagung ist auch deshalb von so grundlegender Bedeutung, weil dort der Standpunkt der Mächte in den strittigen Fragen präzisiert wurde. Damit ist, bei gutem Willen aller Beteiligten, der Weg für die notwendige, wenn auch vielleicht mühselige Arbeit gebahnt, die vertretenen Gesichtspunkte einander näherzubringen und einmütige Beschlüsse zu erzielen.

Diese Arbeit wäre zweifellos bedeutend leichter und erfolgreicher, wenn sich alle Mächte strikt an die vorherigen Vereinbarungen hielten. Die Moskauer Tagung hat noch deutlicher als die früheren Außenministerberatungen gezeigt, daß die Sowjetdelegation sich konsequent und unerschütterlich für die epochemachenden Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam über Fragen der Nachkriegsgestaltung einsetzt, während

andere Delegationen offen den Weg der Revision und Verletzung dieser Beschlüsse betreten haben. Eine solche Haltung gegenüber internationalen Verpflichtungen muß natürlich bedeutende zusätzliche Schwierigkeiten verursachen. Aber auch diese zusätzlichen Schwierigkeiten können die aussichtslos düstere Einschätzung der Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit nicht rechtfertigen.

Ubrigens verrät der gespielte Pessimismus vieler Beobachter ihre wirklichen Wünsche. Sie machen sich zum Sprachrohr der reaktionären Kreise der angelsächsischen Länder, die nur dann einen Erfolg zu haben glauben, wenn es ihnen gelingt, den Verhandlungspartnern ihren Willen zu diktieren. Jedesmal, wenn solche Versuche resultatlos verlaufen, zetern sie, man habe Fiasko erlitten und sei in eine Sackgasse geraten.

Eine Zusammenarbeit zwischen Staaten, die ihre Sozialität hochhalten, kann indes nicht darauf beruhen, daß irgendeine Macht oder Mächtegruppe den anderen Ländern ihren Willen aufzwingt. Wo es sich um Probleme von der Tragweite der deutschen Frage handelt, da tritt diese Wahrheit besonders klar und plastisch zutage. Man muß schon sehr kurzsichtig und alles Realitätssinn bar sein, um glauben zu können, das deutsche Problem könne auf Grund von Schemata gelöst werden, die aus Übersee eingeführt und als heilige Schrift präsentiert werden, an der kein Jota geändert, ja, die nicht einmal erörtert werden darf. Tritt man der Wirklichkeit realistischer gegenüber, so erkennt man natürlich, daß in den deutschen Angelegenheiten ein Fortschritt nur möglich ist, wenn man die Lebensinteressen und den Standpunkt der europäischen Länder berücksichtigt, die an der Abwendung einer neuen deutschen Aggression am meisten interessiert sind. Zu diesen Ländern zählt vor allem die Sowjetunion, die bei der Niederwerfung Hitlerdeutschlands die entscheidende Rolle gespielt und sich das Recht erworben hat, daß ihr bei der Lösung des deutschen Problems in allen

seinen Aspekten in vollem Maße Rechnung getragen wird.

Gerade die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ist aber den heutigen Verfechtern einer Politik der Gewalt, des Diktats, der einseitigen Handlungen, die lediglich imstande sind, die Welt zu spalten, nicht aber zu einen, nur ein Dorn im Auge. Zwar ziehen die Verfechter dieser Politik es vor, ihre wahren Absichten durch einen Schwall von Falschmeldungen zu tarnen. Ihre Versuche, die eigene Schuld auf andere abzuwälzen, werden jedoch durch die Tatsachen restlos entlarvt.

Zu den beliebtesten Argumenten der Gegner der internationalen Zusammenarbeit gehört die unrichtige Behauptung, eine Zusammenarbeit der angelsächsischen Mächte mit der Sowjetunion sei wegen der verschiedenen gearbeiteten sozialen Systeme dieser Länder unmöglich. Noch mehr, man verbreitet die vorsätzliche Lüge, die Sowjetunion halte eine Zusammenarbeit mit Staaten, die eine andere Gesellschaftsordnung besitzen, für unmöglich.

In der kürzlich veröffentlichten Unterredung J. W. Stalins mit Harold Stassen, einem führenden Mitglied der Republikanischen Partei der USA, vom 9. April d. J. ist dieses Märchen von neuem widerlegt worden.

In dieser Unterredung sprach Genosse Stalin nochmals seine Überzeugung aus, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Wirtschaftssystemen möglich und wünschenswert ist. Die Praxis selbst bestätigt die Richtigkeit dieses Standpunkts. Ist es doch während des Krieges gelungen, eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Ländern zustande zu bringen. Konnten aber die beiden verschiedenen Systeme während des Krieges zusammenarbeiten, warum sollten sie es in Friedenszeiten nicht können?

Und tatsächlich, die Völker aller Länder, die nach einem dauerhaften und lange währenden Frieden streben, glauben heute ebenso wie während des Krieges, daß die internationale Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist. Gewisse Kreise in den USA und in England, die einen starken Einfluß auf den politischen Kurs ihrer Länder ausüben, sind in dieser Frage jedoch anderer Ansicht. Diese Kreise stellen der erforderlichen Schaffung eines dauerhaften demokratischen Friedens ihre eigenen Expansionspläne gegenüber, den Prinzipien einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten Ihre eigenen Weltherrschaftspläne, einer erfolgreichen Arbeit der Organe der internationalen

Zusammenarbeit die abenteuerlichen Umtriebe der Anstifter eines neuen Krieges, den Lebensinteressen der Völker die egoistischen Interessen des Schachers und Profits.

Die reaktionären Kreise unterwühlen unaufhörlich die Grundfesten der internationalen Zusammenarbeit. In den entscheidendsten Augenblicken setzen sie die Waffe des Drucks und der Erpressung, der Drohungen und Provokationen ein. Im Vorjahr, als die Friedensvertragsentwürfe für die ehemaligen Verbündeten Deutschlands in Europa ausgearbeitet wurden, ließ die reaktionäre Presse ununterbrochen widersinnige und läppische Drohungen vom Stapel, man würde separate Verträge schließen, zwei getrennte Friedenskonferenzen einberufen usw. Kennzeichnend ist, daß derartige Meldungen oft unter Berufung auf offizielle Kreise der angelsächsischen Länder veröffentlicht wurden.

Jetzt greifen die gewiegten Meistererpresser zu denselben schablonenhaften Methoden. Schon während der Moskauer Tagung schrieben einige amerikanische Zeitungen — auch diesmal unter Berufung auf offizielle Stellen —, in Washington bezweifle man, ob ein Weiterbestehen des Außenministerrats zweckmäßig sei. Möglicherweise glaubt irgend jemand, schwachnervige Leute mit solchen Methoden schrecken zu können. Ist es nicht klar, daß diese Methoden zuallererst diejenigen, die sich ihrer bedienen, als Gegner der internationalen Zusammenarbeit entlarven?

Es liegt also auf der Hand, daß zwischen der Möglichkeit einer Zusammenarbeit von Mächten mit verschiedenen sozialen und ökonomischen Systemen und dem guten Willen zu dieser Zusammenarbeit ein Unterschied zu machen ist. Eine Zusammenarbeit kann sich erfolgreich entwickeln, wenn man zusammenzuarbeiten wünscht. Was die Sowjetunion angeht, so sind in unserem Lande Volk und Regierung völlig einmütig in ihrem Streben nach Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Ländern.

Genosse Stalin hat nochmals hervorgehoben, daß man von der historischen Tatsache der Existenz zweier Systeme ausgehen muß, daß man Systeme zu respektieren hat, die vom Volk gewählt und gutgeheißen sind. Nur auf dieser Grundlage ist eine Zusammenarbeit möglich.

Das Sowjetvolk billigt uneingeschränkt unser sozialistisches Wirtschaftssystem und die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung. Im Großen Vaterländischen Krieg hat das Sowjetvolk sich bereit gezeigt, im Namen der Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat, im Namen der Verteidigung seiner großen revolutionären Errungenschaften die größten Opfer zu bringen. Die

Bürger der Sowjetunion stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Gleichartigkeit des sozialen Systems durchaus keine unerlässliche Voraussetzung der internationalen Zusammenarbeit ist. Die Bürger des Sowjetlandes sind der Meinung, daß die Wahl des Systems die innere Angelegenheit eines jeden Volkes ist.

Eine ehrliche internationale Zusammenarbeit schließt die Einmischung eines Landes in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aus. Aber auch diese elementare Wahrheit wird in letzter Zeit angezweifelt und angefochten. Manche Staatsmänner halten es für möglich und angebracht, statt internationale Probleme sachlich zu erörtern, die Ordnung in anderen Ländern zu schmähen. Sie vergessen dabei gern, daß die von einem Volke eingeführte Ordnung seine ureigene Sache ist. Bekanntlich hat es nicht mit bloßen Schimpfereien sein Bewenden. Die heutigen Weltherrschaftsprätendenten nehmen das ihnen nicht genehme innere System mancher Staaten zum Anlaß, um bestimmte Doktrinen zu verkünden und einen bestimmten außenpolitischen Kurs festzulegen.

Was wäre zu der Politik Washingtons zu sagen, die offen ein ungeniertes Schalten und Walten in fremden Ländern proklamiert? Beschränkt man sich doch gegenwärtig nicht mehr auf Griechenland und die Türkei. Die berüchtigte „Unterstützung“ dieser Länder ist schon zur Genüge als eine Methode entlarvt, sie völlig dem Willen der amerikanischen Wohltäter unterzuordnen. Die amerikanischen Diplomaten treten offen als „Ratgeber“ in den inneren Angelegenheiten von Paris und Rom auf. Sie sagen den Franzosen, welchen Parteien ihre Minister angehören sollen und welchen nicht. In Washington werden weitgehende Pläne für ein „Friedens-Lend-lease“ ausgearbeitet. Unter dieser hochtrabenden Bezeichnung wird programmatick verkündet, wie man Milliarden Dollar zur wirtschaftlichen Versklavung der einen Länder, zur Ausübung eines wirtschaftlichen Drucks auf andere Länder, zur wirtschaftlichen Isolierung wieder anderer Länder

benutzen will, deren Zustände, deren Gesellschafts- und Staatsordnung den Verkündern einer „amerikanischen Lebensweise“ nicht paßt.

Eine derartige Politik kann selbstverständlich keine positiven Resultate zeitigen. Sie zeugt von dem mangelnden Willen, den Frieden auf der Grundlage der internationalen Zusammenarbeit aufzubauen. Liegt eine solche Politik aber im Interesse irgendeines Volkes, auch des amerikanischen? Natürlich nicht. Und dies ist eben ihr schwacher Punkt. Das Volk der großen transatlantischen Republik ist, wie die Völker der übrigen Länder, an einem dauerhaften Frieden interessiert. Ein solcher Frieden ist aber nur dann möglich, wenn die historische Tatsache der Existenz verschiedener von den Völkern gebilligter Systeme nüchtern in Rechnung gezogen wird. Es wird sich in Amerika unter tausenden wohl kaum ein Mensch finden, der für eine Wiederholung des gescheiterten Versuchs Hitlerdeutschlands wäre, anderen Völkern mit bewaffneter Hand die eigene Ordnung, das eigene Regime aufzuzwingen. Daher geben sich alle, die gerne in fremden Häusern schalten und walten, die größte Mühe, ihre Ziele zu tarnen und ihre Methoden falsch darzustellen. Daher beschönigen sie ihre Handlungen mit heuchlerischen Phrasen. Daher ist es aber auch besonders wichtig, ihre Heuchelei und Hinterlist ebenso wie ihre Absichten und Pläne bloßzustellen.

Der zweite Weltkrieg hat gezeigt, wie gebietsrissich und unerschütterlich der Wille der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit ist, nach Gestaltung ihres Lebens im Einklang mit den eigenen Wünschen, nicht im Einklang mit von außen aufgedrängten Rezepten. Die Welt hat gesehen, daß es Dinge gibt, die sich nicht mit bewaffneter Hand erobern lassen. Leicht begreiflich ist auch, daß es Werte gibt, die nicht für Dollars zu kaufen sind. Das Wachstum der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt ist das wichtigste Unterpfand für den Endsieg der Prinzipien einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit über alle Machenschaften ihrer Widersacher.

# Die Genfer Welthandelskonferenz

E. VARGA

SCHON seit mehreren Wochen tagt in Genf eine Konferenz von Vertretern der 17 wichtigsten kapitalistischen Länder, auf die etwa zwei Drittel des Weltäußenhandels entfallen. Die meisten Länder sind durch führende Fachmänner vertreten: die USA durch William L. Clayton, den stellvertretenden Staatssekretär für Wirtschaftsfragen; England durch den Handelsminister Sir Stafford Cripps; Frankreich durch den Volkswirtschaftsminister André Philip usw. Die jetzigen Verhandlungen sind ebenso wie die Verhandlungen, die im Oktober und November 1946 in London geführt wurden, nur als vorbereitende Maßnahmen gedacht. Ihre Aufgabe ist die Vorbereitung koordinierter Vorschläge, die der noch in diesem Jahre einzuberufenden offiziellen Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen unterbreitet werden sollen.

Bevor wir auf die Genfer Verhandlungen eingehen, möchten wir unsere Leser daran erinnern, daß in den letzten 25 Jahren eine Reihe internationaler Wirtschaftskonferenzen stattgefunden haben, die alle entweder ergebnislos auseinandergingen oder aber ganz allgemein gehaltene, für die Praxis völlig bedeutungslose Resolutionen annahmen. Wir wollen die wichtigsten dieser Konferenzen kurz erwähnen.

Auf der Konferenz von Genua 1922 waren die USA, die damals eine isolationistische Politik betrieben, nicht vertreten. Die treibende Kraft der Konferenz war England, das nach der gescheiterten Intervention eine einheitliche Wirtschaftsfront gegen den Sowjetstaat zu schaffen bestrebt war. Es wurde versucht, gegen das Versprechen, neue Kapitalien zu investieren, die Sowjetrepublik dazu zu bringen, die Auslandsschulden des Zarismus anzuerkennen, ausländischen Eigentümern ihre nationalisierten Betriebe zurückzuerstatten, ausländischen Firmen besondere Rechte im Lande einzuräumen usw., mit anderen Worten also, die Sowjetunion zu einer Kolonie des internationalen Finanzkapitals zu machen. Selbstverständlich lehnte die Sowjetregierung derartige Vorschläge entschieden ab. Hiernach vermochte die Konferenz nur ganz allgemeine Resolutionen zu beschließen.

Ebenso erfolglos blieb auch die Haager Konferenz vom Sommer 1922, auf der der Sowjetunion analoge Forderungen präsentiert wurden.

Im Jahre 1927 fand eine internationale Wirtschaftskonferenz statt, auf der alle wichtigen Staaten, auch die UdSSR und die USA, vertreten waren. Die Konferenz beschloß eine Reihe allgemeiner Resolutionen zum Lobe des Freihandels, ohne jedoch irgendwelche praktischen Folgen zu zeitigen.

Im Jahre 1933, als die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise den größten Produktionsstiefstand erreicht hatte, fand in London die bis dahin größte internationale Wirtschaftskonferenz statt. An ihr waren 67 Staaten beteiligt. Die Konferenz, deren Leiter einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise finden, dabei den Goldstandard aufrechterhalten und das Problem des Marktes lösen wollten, kam zum Scheitern. Während auf der Konferenz über die Aufrechterhaltung der Goldwährung beraten wurde, führten die USA die Devaluation des Dollars durch. Damit war die Konferenz torpediert. England konnte sich nicht entschließen, mit den von Frankreich geführten „Goldländern“ zusammen einen Block gegen die USA zu bilden. Bald folgte es dem Beispiel der USA und beschritt den Weg der weiteren Entwicklung der Sterlingwährung.

Das faschistische Deutschland versuchte diese Gelegenheit auszunutzen, um einen sowjetfeindlichen Block zustande zu bringen. Der deutsche Delegierte Hugenberg trat mit seiner aufsehenerregenden Denkschrift auf, worin Hitlers Karten vorzeitig aufgedeckt wurden. Dieser Schritt der Hitlerdiplomatie endete mit einem Fiasko. Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion brachte ihr einen großen diplomatischen Erfolg. Die der Sowjetunion durchaus nicht freundlich gesinnte Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. Juli 1933 gab zu:

„Es klingt wie ein Witz und ist doch buchstäblich wahr, daß von der Londoner Konferenz, die die Weltkrise des Kapitalismus überwinden wollte, nur ein Staat mit greifbaren Erfolgen nach Hause kommen wird und dieser Staat die Sowjetunion ist.“

Dieser kurze Rückblick zeigt, daß die früheren internationalen Wirtschaftskonferenzen zu keinerlei praktischen Resultaten geführt haben.

Worum geht es auf den jetzigen Konferenzen? Die treibende Kraft dieser Konferenzen, der Initiator ihrer Einberufung sind die USA. Formal besteht das Ziel

der USA darin, den „freien Welthandel“ wiederherzustellen oder sich wieder „offene Türen“ zu sichern, also z. B. einen Zustand, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestand. Zwar gab es auch damals in den meisten Ländern Zollschränken, in den USA — ebenso wie jetzt — sogar sehr hohe. Aber die Handelsverträge wurden auf lange Frist, in der Regel 10 Jahre, abgeschlossen, und fast allgemein galt das Prinzip der Meistbegünstigung. Mit anderen Worten, die Handelsverträge abschließenden Staaten garantierten einander, daß wenn irgendeinem Lande in einem späteren Handelsvertrag für irgendeine Ware niedrigere Zollsätze eingeräumt werden sollten, diese automatisch auch für die übrigen mit ihnen in Vertragsverhältnis stehenden Länder gelten würden. Auf diese Weise konnten in jedem Lande die Waren aller Länder zu gleichen Bedingungen konkurrieren.

Im 20. Jahrhundert, als die Produktionskapazität der Industrie die Absatzmöglichkeiten immer mehr überholte, während der Absatz (mit Ausnahme der kurzen Aufschwungphase im industriellen Zyklus) ständig größere Schwierigkeiten bereitete, kam das System der Meistbegünstigung immer mehr in Verfall. Anfänglich wurde die Klausel zwar formal beibehalten, aber faktisch wurde sie umgangen. Zollherabsetzungen wurden in den Handelsverträgen zwischen zwei Ländern von so eng gefaßten Bestimmungen über die Qualität der betreffenden Waren abhängig gemacht, daß sie nur auf die jeweiligen Länder paßten.

Nach dem ersten Weltkrieg, insbesondere in den Krisenjahren 1929—1933, als die Absatzschwierigkeiten besonders groß wurden, gaben die meisten Länder das Prinzip der Meistbegünstigung und die Praxis langfristiger Handelsverträge auf. England schuf ein System imperialer Vorzugszölle. Innerhalb der Grenzen des Imperiums zahlten die englischen Exporteure für ein und dieselben Waren niedrigere Zölle als die Handelsfirmen anderer Länder. England führte selbst Zölle auf Lebens- und Genußmittel ein, um den Ländern des Imperiums dann Vorzugszölle einzuräumen zu können. Ähnlich stand die Sache mit Frankreich und seinen Kolonien.

Die Notwendigkeit, die Währung stabil zu erhalten oder doch die Inflation zu verlangsamen, nötigte viele Länder, den Import zu regulieren. Diese Importkontingentierung bedeutete, daß die unzureichenden Valutafonds nur zum Ankauf beschränkter Quantitäten bestimmter Waren verwendet wurden. Der Mangel an Auslandsvaluta zwingt dazu, Waren in Ländern zu kaufen, die geneigt sind, an Stelle von Valuta die Waren des betreffenden Landes in Zahlung zu nehmen. Immer

öfter treten zweiseitige kurzfristige Handelsverträge an die Stelle allgemeiner langfristiger. Solche zweiseitige Verträge regeln den Kauf und Verkauf gewisser Warenkontingente für ein oder zwei Jahre, manchmal sogar nur für sechs Monate. In der amerikanischen Terminologie begann an Stelle des früheren „multilateralen Handels“ der „bilaterale Handel“, an Stelle des „Handels gegen Valuta“ der „zweiseitige Warenaustausch“ zu figurieren. Das bezieht sich besonders auf die Zeit seit Beendigung des zweiten Weltkrieges.

In dieser Situation stellt die Handelspolitik der USA sich ganz bestimmte Ziele. Es handelt sich darum, auf dem Gebiet des Außenhandels zu den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts zurückzukehren. Die USA fordern, daß die amerikanischen Waren in allen Ländern der Welt zu Bedingungen, die in jeder Beziehung gleich sind, mit den Waren jedes anderen Landes sollen konkurrieren können. Diese Linie zog sich durch die ganze Politik des früheren Staatssekretärs Cordell Hull. Während des Krieges und nach dem Kriege machten sich die USA die ökonomische Abhängigkeit ihrer Verbündeten von der amerikanischen Hilfe zunutze, um ihnen in einer Reihe von Dokumenten, insbesondere in den nach dem Kriege mit England, Frankreich und anderen Ländern abgeschlossenen Kreditabkommen, die Anerkennung dieses Prinzips abzuzwingen. Während England sich durch alle möglichen Vertragsvorbehalte bemühte, sein Präferenzollsystem zu schützen, weswegen die Formulierungen allgemein und unbestimmt gehalten waren, mußte das schwächere Frankreich sich in dem Anleiheyertrag allen Forderungen der USA fügen. Es mußte versprechen, mit dem System der Kontingente entschieden zu brechen, die Zölle herabzusetzen, auch die anderen Handelsbeschränkungen zu lockern und der Politik der Exportsubventionierung zu entsagen. Die Regierung der USA protestiert jedesmal, wenn irgendwo wieder ein zweiseitiger Handelsvertrag abgeschlossen wird.

Angesichts dieser Einstellung der amerikanischen Politik ist es klar, was die Londoner Konferenz vom Herbst 1946, die gegenwärtige Konferenz in Genf und die für den Herbst geplante Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen bedeuten. Es handelt sich um Versuche der USA, allen Ländern der Welt das Prinzip der Meistbegünstigung für amerikanische Waren aufzuzwingen.

Weshalb verfolgen die USA dieses Ziel mit so viel Hartnäckigkeit?

Die Wirtschaftsgeschichte der USA in den letzten 30 Jahren beweist, daß ihre Produktionskapazität die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes weit übersteigt. Daher die chronische Massen-

arbeitslosigkeit. Infolge der Umstellung eines bedeutenden Teils der während des Krieges neu gebauten Großbetriebe auf Friedensproduktion ist die Produktionskapazität der USA-Industrie heute besonders groß geworden, während die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes beschränkt ist und die Teuerung sie noch weiter verringert. Die Belebung dauert vorläufig noch an, aber die Krise ist im Anmarsch. Ihr Ausbruch wird zu einer scharfen Senkung der Produktion und zu einer Massenarbeitslosigkeit führen. Die Wirtschaftspolitik der USA ist darauf gerichtet, sich dadurch, daß sie anderen Ländern das Prinzip der Meistbegünstigung aufzwingt, einen erhöhten Warenabsatz auf dem Weltmarkt zu sichern und so das Absatzproblem zu lösen oder doch wenigstens zu mildern.

Um diese Forderung für die anderen Länder schmackhafter zu machen, wird die These aufgestellt, die Beseitigung der Handelsbeschränkungen werde das Volumen des Welthandels vergrößern, was zu einer Erhöhung der Produktion und zu voller Beschäftigung der Arbeiterschaft führen werde. Diese Idee hat sogar in der Bezeichnung der jetzigen Genfer Beratung ihren Ausdruck gefunden — figurieren sie doch offiziell als United Nation Conference on Trade and Employment (Internationale Konferenz über Handel und Beschäftigung).

Es ist jedoch nicht schwer festzustellen, daß derartige Behauptungen haltlos sind.

Nehmen wir an, in der ganzen kapitalistischen Welt werde ein absolut freier Handel getrieben: keine Zölle, keine Kontingente, ja sogar eine einheitliche Weltwährung. Was wäre die Folge?

Jede Ware würde dort produziert werden, wo die Produktionskosten (Transportkosten eingeschlossen) am niedrigsten sind, also dort, wo zu ihrer Herstellung am wenigsten Arbeitszeit aufgewandt zu werden braucht. Folglich wären in der ganzen Welt für die Erzeugung der gleichen Warenmengen nicht mehr, sondern weniger Arbeiter erforderlich als gegenwärtig, wo ein bedeutender Teil der Waren in Ländern produziert wird, denen unter dem Schutz von Importbeschränkungen die Produktion teurer zu stehen kommt, die also mehr Arbeitszeit aufwenden müssen! In einer sozialistischen Gesellschaft ist es am vorteilhaftesten, alle Waren dort zu produzieren, wo sie am billigsten produziert werden können, da durch Erweiterung des Gesamtumfangs der Produktion allen Mitgliedern der Gesellschaft Arbeitsgelegenheit verschafft werden kann. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen würde das zu einer Minderbeschäftigung der Arbeiterschaft führen und die weniger entwickelten Länder benachteiligen.

Unter den gegenwärtigen konkreten Bedingungen würde die Aufhebung der Handelsbeschränkungen auch keine irgendwie bedeutende Ausdehnung des Welthandels zur Folge haben. Die europäischen Länder, China, Japan usw. kaufen nicht deswegen wenig Waren im Ausland, weil sie an solchen Waren keinen Bedarf haben, sondern weil sie weder Gold noch Auslandsvaluta besitzen und auch nicht über Warenüberschüsse verfügen, mit denen sie einen großzügigen Warenimport bezahlen könnten. Sie treiben einen zweiseitigen Handel nicht zum Vergnügen und nicht aus bösem Willen, sondern weil sie nur dann kaufen können, wenn das verkaufende Land geneigt ist, Waren des Käuferlands in Zahlung zu nehmen.

Was würde geschehen, wenn die Wirtschaftspolitik der USA durchdränge?

Die amerikanischen Waren würden in alle kapitalistischen Länder eindringen, und zwar aus den folgenden Gründen. Erstens sind die Produktionskosten für viele Waren in den USA niedriger als in anderen kapitalistischen Ländern, denn die USA sind mit den modernsten Maschinen ausgerüstet. Zweitens — und das ist noch wichtiger — liegt die amerikanische Industrie überwiegend in der Hand mächtiger Monopole. Die Konzerne und Truste machen sich ihre Monopolstellung zunutze, um die Inlandspreise hochzuhalten. Um eine Überfüllung des inneren Marktes zu verhindern, die zu einer Preissenkung führen würde, sind sie geneigt, Dumping zu treiben, also ihren Warenüberschuß im Ausland zu niedrigen Preisen, selbst mit Verlust, loszuschlagen. Dringen die USA also mit ihrer Linie durch, so würde das verhängnisvolle Folgen für Länder mit schwächerer Industrie nach sich ziehen.

Man könnte einwenden, die schwache Industrie der betreffenden Länder habe zwar unter der Konkurrenz der amerikanischen Waren zu leiden, das Land als Ganzes aber werde dennoch gewinnen, weil es billigere Waren erhalte. Dies war das Argument, mit dem nicht nur die englischen Free-traders des 19. Jahrhunderts, sondern auch die Wirtschaftspolitiker Hitlerdeutschlands vor dem zweiten Weltkrieg operierten. Das Argument läuft darauf hinaus, daß die industriell rückständigen Agrarländer ewig in diesem Zustand verbleiben, immer nur Lebensmittel und Rohstoffe gegen Industriewaren austauschen und niemals eine höhere Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung erreichen sollen.

Aber England und Deutschland waren wenigstens Käufer von Lebensmitteln und Rohstoffen in denjenigen Ländern, in denen sie ihre Industriewaren absetzten. Die USA dagegen können nicht einmal derartige Käufer sein, da sie selbst Lebens-

mittel im Überfluß produzieren und nur sehr wenige Rohstoffe zu importieren brauchen.

Vor dem Kriege importierten die USA in bedeutenden Mengen Kautschuk, Seide und pflanzliche Öle. Während des Krieges hat sich die Inlandserzeugung von synthetischem Kautschuk und Kunstseide (Nylon) und der Anbau von Sojabohnen im Lande rasch erweitert, so daß der Importbedarf an diesen Waren stark zurückgegangen ist.

Nicht nur, daß die USA wenig Bedarf an ausländischen Waren haben, sie erschweren ihren Import auch im Interesse der inländischen Produzenten — Fabrikanten und Farmer — durch hohe Schutzzölle.

Das ist die Achillesferse der Amerikaner bei ihrem ganzen Feldzug für die Meistbegünstigung ihrer Waren. Wie können die anderen Länder in den USA Waren kaufen, wenn die USA ihrerseits keine Waren von ihnen kaufen?

Die USA exportierten 1946 für über 9 Milliarden Dollar Waren (den Verkauf von Heeresvorräten im Ausland nicht gerechnet), während sie für weniger als 5 Milliarden Dollar Waren im Ausland kauften. Dies trotz der Valutabeschränkungen und zweiseitigen Handels!

Auch besteht keinerlei Aussicht, daß die USA sich bereitfinden werden, durch eine radikale Herabsetzung ihrer Schutzzölle einen freien Zustrom ausländischer Waren zuzulassen. Das wäre für viele mächtige Monopole mit einer zu großen Einbuße an Überprofit verbunden. Zwar besteht ein Gesetz, das den Präsidenten ermächtigt, beim Abschluß von Handelsverträgen die Zölle um 50 Prozent herabzusetzen. Aber selbst eine solche Senkung würde noch nicht den amerikanischen Markt für europäische Industriewaren öffnen. Der englische Handelsminister Cripps hat erklärt, daß eine für zigprozentige Herabsetzung der amerikanischen Zölle England keinesfalls einen genügenden Ersatz für das System der Vorzugszölle bieten würde.

Daß dem so ist, zeigen folgende amtliche Zahlen über den englischen Außenhandel im Jahre 1946:

USA Länder des Sterlingblocks		Insgesamt
	und Kanada	
(in Millionen Pfund Sterling)		
Export	48	489
Import	262	652
		1298

England verkauft 1946 also innerhalb des Imperiums mehr als die Hälfte seiner Waren, während es nach den USA weniger als 6 Prozent exportierte. Dagegen kaufte es in den USA 20 Prozent seines Imports.

Der amerikanische Markt müßte also für englische Waren sehr weit geöffnet werden, um auch

nur Import und Export miteinander im Gleichgewicht zu halten, geschweige denn die Absatzminderung in den Dominions und Kolonien, falls die Präferenzzölle aufgehoben würden, zu kompensieren. Es ist ferner fraglich, inwieweit englische Waren selbst bei zollfreier Einfuhr mit den amerikanischen konkurrieren könnten. Unter solchen Umständen begreift man, daß sich in englischen Kreisen kein Enthusiasmus für die Genfer Verhandlungen feststellen läßt.

Die „Times“ schrieb am 10. April:

„Vom englischen Standpunkt aus dürfte sich die Diskussion über die ‚Eliminierung‘ der imperialen Vorzugszölle als Gegenleistung für die billigste ‚Senkung‘ der Tarife als die harte Nuß der Verhandlungen erweisen. Die Grenzen von Zugeständnis und Forderung sind auf der Reichskonferenz in London festgestellt worden und es hat keinen Zweck, die erzielte Entscheidung antizipieren zu wollen.“ (Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden geheimgehalten. — E. V.) „Zwei Erwägungen jedoch liegen an der Oberfläche — die britischen Tarife und Vorzugszölle befinden sich auf einem äußerst niedrigen Niveau, und multilaterale Abkommen würden dahin tendieren, den Vorsprung eines so fortgeschrittenen Industrielandes wie die USA auf den Weltmärkten zu stabilisieren. Die imperialen Vorzugszölle sind außerdem etwas mehr als eine ökonomische Verklammerung, und man fühlt im Commonwealth, da solche Bindeglieder nicht geschwächt werden dürfen, es sei denn gegen angemessene Konzessionen, und auch dann nur unter strengen Garantien. Die gewählte Methode wird der Warenaustausch sein, ob aber die amerikanischen Unterhändler, die ein Auge auf die ‚Schlupflochklause‘ (escape clause) und das andere auf die Billigung des Kongresses gerichtet halten, entweder die notwendigen Konzessionen machen oder die notwendigen Garantien geben können, ist eine offene Frage.“

Die konservative Wochenschrift „Spectator“ schrieb am 28. März:

„Ein Land mit hohen, nur mit großen politischen Schwierigkeiten zu senkenden Tarifen, das stipulierte hat, die Maximalreduktion, auf die es sich als Gegenleistung für die Konzessionen anderer Länder einlassen könnte, seien 50 Prozent, und das eine Schlupflochklause verlangt, die es instand setzen würde, aus jedem Abkommen, das seiner Meinung nach den eigenen Produzenten Schaden bringt, wieder auszusteigen — ein solches Land wird schwerlich qualifiziert sein, einen Kreuzzug für den Freihandel anzuführen.“

Die USA denken gar nicht daran, das System der Hochschutzzölle aufzugeben und große Massen ausländischer Waren auf ihren inneren Markt zu lassen. Der Sieg der Republikaner bei den Kongresswahlen hat diese Möglichkeit noch weiter verringert. Die Mehrheit der republikanischen Senatoren, mit dem Parteipräsidenten Taft an der Spitze, sind Gegner der Zollherabsetzung. Auch die Amerikanische Arbeitsföderation spricht sich im Namen des Schutzes der „nationalen Arbeit“ gegen die Senkung der Zollsätze aus.

Einen Beweis dafür, daß es den USA mit den Redensarten von einer Senkung der Zollsätze keineswegs ernst ist, liefert auch die folgende Tatsache. Die Regierung und die republikanische Kongreßmehrheit haben vereinbart, daß die sogenannte „Schlupflochklause“ über die Aufhebung von Tarifzugeständnissen, die zum erstenmal 1943 in den Handelsvertrag mit Mexiko und später in den Vertrag mit Paraguay aufgenommen wurde, in Zukunft in alle Handelsverträge obligatorisch eingefügt werden soll. Die „escape clause“ aber macht alle Zollzugestände, auf die sich die USA evtl. einlassen würden, illusorisch. Die Klausel besagt, daß die USA das Recht haben, alle im Handelsvertrag gewährten Zollreduktionen zu annullieren, falls sie heimischen Erzeugern ernsten Schaden zufügen (serious injury to domestic producers). Dem Vertragspartner wird für diesen Fall das Recht zugestanden, den Handelsvertrag binnen 30 Tagen zu kündigen. Niemand kann daran zweifeln, daß es dem in den großen amerikanischen Monopolen beschäftigten Stab von Statistikern und Wirtschaftsfachleuten leicht gelingen wird, alle beliebigen Beweise dafür beizubringen, daß die Senkung\* der Zollsätze ihrem Industriezweig Schaden zufügt.

Freilich werden in der amerikanischen Presse auch Stimmen für eine Senkung der Zollsätze laut. Bei näherem Zusehen ergibt sich jedoch, daß die Sprachrohre der einzelnen großen Monopole Zollfreiheit für die von ihnen gekauften Waren, hingegen hohe Zölle für die von ihnen verkauften Waren fordern. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 24. Februar schrieb:

„Es ist erstaunlich, festzustellen, wie ähnlich viele der (vor der Tarifkommission des Senats) vorgebrachten Argumente den vor einem Vierteljahrhundert vor dem Zustandekommen des Fordney MacCumber Tarifs vorgebrachten Forderungen klingen. Wie damals vertreten nicht wenige Männer der Wirtschaft den Standpunkt, daß die Zollsätze für die von ihnen zur Produktion benötigten Rohstoffe und Halbfertigfabrikate zu hoch und für die von ihnen produzierten Erzeugnisse zu niedrig seien. Typisch hierfür waren beispielsweise die Forderungen des American Iron and Steel Institute, dessen Vertreter ausführten, daß die Zölle, die auf den von ihnen importierten Rohmaterialien liegen, zu hoch seien, während die lautenden Tarife für Stahl fertigfabrikate zu gering seien, um ein Dumping dieser Produkte in den Vereinigten Staaten zu verhindern. Gleichfalls charakteristisch für den protektionistischen Standpunkt einer Reihe von Interessenvertretern der amerikanischen Wirtschaft war die Behauptung des Präsidenten der National Association of Wool Manufacturers, die Reziprozitätsverhandlungen hinsichtlich der Wollzölle bildeten eine Bedrohung für die amerikanische Wollindustrie, zumal die amerikanische Industrie ange-sichts des großen Mißverhältnisses zwischen den amerikanischen und britischen Löhnen höchst verwundbar sei.“

Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Anwendung der „Schlupflochklause“ eine für die Vertragspartner höchst gefährliche Waffe in der Hand der USA ist.

Setzen wir z. B. den Fall, daß England gezwungen wäre, gegen eine bedeutende Senkung der amerikanischen Zollsätze auf das System der Präferenzsätze zu verzichten. Die amerikanischen Waren würden sofort den größten Teil der Imperiumsmärkte erobern, auf denen sie selbst angesichts der Vorzugszölle erfolgreich vordringen. Die englische Industrie müßte sich auf den Bedarf des amerikanischen Marktes umstellen, um die Absatzminderung innerhalb des Imperiums wettzumachen. Wenn die USA — sagen wir in ein oder zwei Jahren — auf Grund der „Schlupflochklause“ die früher vorgenommenen Tarifsenkungen annullierten, so würde das der englischen Wirtschaft einen nicht wieder gutzumachenden Schlag versetzen. Denn die englischen Waren würden abermals vom amerikanischen Markt verdrängt werden, während sich die amerikanischen Monopole mittlerweile im Imperium festgesetzt hätten. Was aber für England gilt, das gilt in noch höherem Maße für Frankreich und andere kapitalistische Länder.

Man begreift daher, weshalb die gegenwärtig in Genf geführten Verhandlungen über die Senkung der Zolltarife für einzelne konkrete Warenkategorien so schwer vorankommen. Die industriell schwächeren Staaten könnten sich leicht untereinander verständigen, aber wie sollen sie sich gegen die Forderungen der USA, denen außerdem durch die Drohung, keine Kredite mehr gewähren zu wollen, Nachdruck verliehen wird, zur Wehr setzen? Darin besteht die Hauptschwierigkeit der gegenwärtigen Konferenz.

\* \* \*

Kommen wir jetzt zu der amerikanischen Außenhandelspolitik, vom Standpunkt der Volkswirtschaft der USA im ganzen betrachtet.

Die USA haben 1946, wenn man auch die im Ausland verbliebenen Kriegsmaterialien in Rechnung stellt, für rund 12 Milliarden Dollar Waren ins Ausland verkauft, während sie für weit weniger als 5 Milliarden Dollar Waren im Ausland eingekauft haben. Für mehr als 7 Milliarden Dollar Waren wurden dem Ausland ohne unmittelbare Gegenleistung überlassen. Ein Teil davon wurde ohne jede Kompensation ausgeführt (dazu gehören die UNRRA Lieferungen), während der überwiegende Teil in Form von Revierungskrediten und Krediten der Export Import Bank ausgeführt wurde. Es ist klar, daß die USA auch in diesem Jahr und in der nächsten Zeit überhaupt Waren, die — bei der gegenwärtigen Verteilung des

Nationaleinkommens — auf dem inneren Markt unverkäuflich sind, nur auf Kredit im Ausland absetzen können.

Die dem Ausland gewährten Kredite sollen später mit Zinsen zurückbezahlt werden. In welcher Naturalform aber sollen und können sie erstattet werden? Die Landwirtschaft Amerikas erzeugt mehr Lebensmittel, Baumwolle, Tabak, als der innere Markt aufnimmt. Die mächtigen amerikanischen Industriemonopole sind fest entschlossen — und sie haben die Macht dazu —, eine Rückzahlung in Form von Industriewaren zu verhindern.

Deshalb verfolgt die amerikanische Handelspolitik das Ziel, ständig Waren ohne unmittelbare Gegenleistung im Ausland abzusetzen. Das bedeutet also verkaufen, ohne zu verkaufen — auf die Dauer ein wirtschaftlicher Widersinn. Wollen die USA im Laufe einer längeren Zeit viele Waren exportieren, so müssen sie auch viele Waren aus dem Ausland importieren. Anders geht es nicht! Darin besteht der innere Widerspruch der heutigen Handelspolitik der USA.

Alles das zeigt, daß der Versuch der USA, anderen kapitalistischen Ländern heutzutage die Prinzipien der Handelspolitik des 19. Jahrhunderts aufzuzwingen, die Prinzipien einer Zeit also, in der die kapitalistische Produktionsweise sich im Aufstieg befand, keinesfalls zu einer „Gesundung“ des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, sondern eher zu einer noch größeren Instabilität führen würde.

Es ist augenblicklich noch zu früh, Vermutungen über den Ausgang der Genfer Beratung anzustellen, um so mehr, als die Verhandlungen über die gegenseitigen Zollkonzessionen insheim geführt werden. Alles in allem scheint es, als ob die Verhandlungen sich in die Länge ziehen und mit irgendeinem Kompromiß enden werden. Hierauf deutet eine von Reuter verbreitete Erklärung Claytons vom 17. April, wonach die USA an einer Aufhebung aller Handelspräferen-

zen nicht besonders interessiert wären. Clayton fügte hinzu: „Die USA und andere Länder sind auf einen ganz freien Handel noch nicht vorbereitet.“

Diese Worte Claytons zeigen, daß die USA angesichts des Widerstands Englands und der industriell weniger entwickelten Länder wie z. B. Indien bereit sind, von der vollen Verwirklichung ihres Programms abzusehen und sich mit einem Teilerfolg zu begnügen. Ein anderer Kurs könnte die für Herbst dieses Jahres geplante internationale Handelskonferenz in Frage stellen und zu einer starken Verschärfung der Beziehungen der USA zu England führen.

\* \* \*

Was die Sowjetunion anbelangt, so ist sie bekanntlich an der Genfer Konferenz nicht beteiligt.

In einigen ausländischen Presseorganen wurde das Fernbleiben der Sowjetunion als Demonstration einer der internationalen Zusammenarbeit feindlichen Haltung denunziert. Eine derart bös-willige Erfahrung entbehrt natürlich entschieden jeder Begründung. Wenn die Sowjetunion an der Konferenz nicht teilnimmt, so bedeutet das nur, daß die auf der Genfer Handelskonferenz erörterten Probleme angesichts des staatlichen Außenhandelsmonopols, das ein unverrückbares Element unseres Wirtschaftssystems bildet, für die Sowjetunion kein unmittelbares Interesse bieten. Die Sowjetunion ist natürlich stets zu friedlicher Zusammenarbeit mit allen anderen friedliebenden Staaten bereit. Sie beweist diese ihre Bereitschaft immer und immer wieder in der Praxis, indem sie aktiv allen Quertreibereien der wirklichen Feinde der internationalen Zusammenarbeit entgegentritt, die danach streben, diese Zusammenarbeit durch eine andere Politik zuersetzen, nämlich der ganzen Welt den eigenen Willen aufzuzwingen.

# Das Problem des Ruhrgebiets und die Politik der Großmächte

D. MELNIKOW

ALS die Erörterung der deutschen Frage auf der Moskauer Außenministerberatung gerade in vollstem Gange war, unterzeichneten Vertreter Englands, Frankreichs und der USA (am 21. April d. J.) ein separates Abkommen der drei Mächte über die Verteilung der Ruhrkohle. Dieses Abkommen bedeutet zweifellos ein weiteres Abrücken von den Prinzipien der Internationalen Zusammenarbeit in der Frage des Ruhrgebiets. Als Frankreich dies Dokument unterschrieb, verließ es im Grunde genommen den Standpunkt, den die französische Delegation auf der Moskauer Außenministerberatung in der Frage des Ruhrgebiets vertrat.

Die französische Delegation hatte wiederholt erklärt, sie halte die im Ruhrgebiet entstandene Situation für unbefriedigend, und bestand darauf, daß Frankreich an der Kontrolle über die Förderung und Verteilung der Kohle beteiligt werde. Jetzt haben die Vertreter Frankreichs nicht nur de facto, sondern auch de jure die englische und amerikanische Politik im Ruhrgebiet anerkannt, die ja eine gemeinsame Kontrolle der vier verbündeten Mächte über die wichtigste Basis der deutschen Schwerindustrie ablehnt.

Dieser Schritt der französischen Diplomatie verdient um so mehr Beachtung, als durch das Abkommen die Belieferung Frankreichs mit Ruhrkohle keineswegs geregelt wird. Das Abkommen setzt die Quoten der aus der englischen und amerikanischen Besatzungszone in den nächsten 6 Monaten (ab 1. Juli 1947) an die europäischen Länder zu liefernden Kohle fest und macht den Kohlenexport davon abhängig, wieviel für den Markt bestimmte Kohle in den wichtigsten Kohlenbecken, hauptsächlich im Ruhrgebiet, gefördert wird. Bei einer Tagesförderung von 280 000 Tonnen soll der Monatsexport 1 187 000 Tonnen ausmachen, bei einer Tagesförderung von 370 000 Tonnen soll er sich auf 1 913 000 Tonnen belaufen. Dem Abkommen zufolge soll Kohle nach Frankreich, Österreich, Holland, Belgien und anderen Ländern exportiert werden. Auf Frankreich entfallen nur 210 000 bis 300 000 Tonnen monatlich, während das Land allermindestens 500 000 Tonnen braucht. Nur im Falle einer ökonomischen Angliederung des Saargebiets an Frankreich könnte dieses seinen

Kohlebedarf mehr oder minder decken. Das Abkommen enthält übrigens auch ein Versprechen Englands und der USA, Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet zu unterstützen.

Frankreichs Belieferung mit Ruhrkohle hängt also davon ab, ob England und die USA zwei Versprechungen halten: 1. die tägliche Kohlenförderung auf 280 000 Tonnen zu bringen und 2. das Saargebiet ökonomisch Frankreich anzugegliedern. Als Gegendienst für diese Versprechungen hat Frankreich sehr reale politische und ökonomische Konzessionen gemacht: es sanktioniert das unkontrollierte Schalten und Walten der Engländer und Amerikaner im Ruhrgebiet und billigt ihre Entscheidungen über Fragen wie die Verteilung der Kohle.

Welche Aussichten hat Frankreich, von England und den USA das Versprochene zu erhalten?

Zunächst die Steigerung der Kohlenförderung. Die heutige Situation im Ruhrgebiet berechtigt keineswegs zu optimistischen Schlußfolgerungen.

Ende März wurden täglich 238 000 Tonnen Kohle gefördert. Nach dem Generalstreik vom 3. April fiel die Förderung auf 219 000 Tonnen pro Tag. In den zwei Wochen seit Abschluß der Außenministerratstagung hat sich die Förderung fast auf dem gleichen, äußerst niedrigen Niveau gehalten: sie betrug nicht mehr als 223 000 Tonnen täglich. Dieser Umstand veranlaßt die englische Zeitung „News Chronicle“ zuzugeben, daß „eine neue Krise über dem Ruhrgebiet heraufzieht“. Am 5. Mai d. J. schrieb das Blatt:

„Ihr Schatten gefährdet die englischen und amerikanischen Hoffnungen auf eine Forcierung des Exports aus den beiden Zonen.“

Das Versprechen, die Kohlenförderung auf 280 000 und später auf 370 000 Tonnen zu steigern, ist folglich sehr vage, seine Erfüllung kann auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden.

Ganz offensichtlich ist auch, daß mit dem Versprechen Englands und der USA, Frankreichs Ansprüche auf die ökonomische Angliederung des Saargebiets unterstützen zu wollen, das Saarproblem noch keineswegs gelöst ist. Über das Saargebiet kann nur von allen vier verbündeten Mächten gemeinsam entschieden werden,

Das englisch-amerikanisch-französische Kohlenabkommen, durch dessen Unterzeichnung Frankreich, zweifellos unter englischem und amerikanischem Druck, politische Konzessionen gemacht hat, bringt Frankreich also keine greifbaren Vorteile.

Daß hier wirklich ein Druck ausgeübt wurde, stellen auch die französische Presse und die Pariser Korrespondenten der englischen und amerikanischen Zeitungen fest. „Le Parisien libéré“ vom 10. Mai bringt in einem Artikel mit der Überschrift „Die USA sorgen sich um unsere Zukunft“ die Frage des Ruhrgebiets in unmittelbaren Zusammenhang mit amerikanischen Krediten, die von politischen Konzessionen Frankreichs abhängig gemacht werden. Das Blatt schreibt, es bestehe kein Zweifel darüber, daß ein der Form nach zurückhaltender, aber hartnäckiger und unentweger Druck vorliegt.

In „France Libre“ schreibt Geneviève Tabouis, die französische Politik näherte sich immer mehr der angelsächsischen Politik an. Die französische Presse bringt die neue Richtung der französischen Außenpolitik mit den Frankreichkreisen Bullitts und Churchills in Verbindung. Der Pariser Reuterkorrespondent spricht von einer Schwenkung, die den Beginn einer größeren Annäherung zwischen Frankreich und den angelsächsischen Ländern bedeute. Im übrigen weist er darauf hin, daß verantwortliche Kreise Frankreichs nur befürchten, die USA könnten ihr Land übergehen.

Zu diesen Befürchtungen liegt mehr als genug Anlaß vor. Was speziell das Abkommen über die Ruhrkohle betrifft, so setzt die französische Presse darauf natürlich keine besonderen Hoffnungen. Die Zeitung „Ce Matin“ meint z. B., man solle sich keinen Illusionen hingeben. Der Frankreich zugeschlagene Teil des gesamten deutschen Kohlenexports sei völlig unzureichend.

Die Zeitung „Libération“ meint ebenfalls, das Kohlenabkommen decke Frankreichs Bedürfnisse in keiner Weise.

Die Vertreter der Sowjetunion haben wiederholt betont, daß man bei der Lösung des Ruhrproblems von zwei Gesichtspunkten ausgehen muß. Erstens geht es um die Sicherheit der friedliebenden Länder. Zweitens müssen die Ressourcen des Ruhrgebiets dem Wiederaufbau und der normalen Entwicklung der Wirtschaft Deutschlands und der anderen Länder Europas dienstbar gemacht werden.

Die von den Vertretern Englands und der USA aufgestellten Pläne sowie die praktischen Maßnahmen der britischen Militärregierung im Ruhrgebiet tragen diesen wichtigsten Aufgaben nicht Rechnung. Ausschlaggebend für diese Maßnahmen

ist das Bestreben, in einer oder der andern Form die Lostrennung des Ruhrgebiets von Deutschland herbeizuführen und es auch weiter unter der Kontrolle einer oder zweier Mächte zu belassen. Zwar ging der Vorschlag einer direkten Lostrennung nur von der französischen Delegation aus, die verschiedenen von England und den USA unterstützten Föderalisierungsprojekte für Deutschland bedeuten aber im Grunde genommen genau dasselbe. Diese Projekte, in denen die Bildung eines rheinisch-westfälischen Staats in Aussicht genommen ist, gehen davon aus, Deutschland als einheitlichen, selbständigen Staat zu vernichten. Eine solche Zerstückelung Deutschlands würde unweigerlich zu neuen deutschen Revanchegelüsten führen und von den militaristischen Elementen Deutschlands zum eigenen Nutzen ausgeschlachtet werden.

Die geplante Lostrennung des Ruhrgebiets wird von denjenigen Kreisen der Weltreaktion unterstützt, die dieses Gebiet zur ökonomischen Basis eines „Westblocks“ machen möchten. Der englische „Economist“ propagierte schon 1945 die Einbeziehung des Rheinlands in eine viel größere ökonomische Einheit, die in einem Zollverband auch Holland, Frankreich, Belgien und Großbritannien vereinen würde. Die englische Wochenschrift berechnete, daß man in einem solchen „Verband“ 120 Millionen Menschen vereinen könnte und der Verband „ökonomisch den USA fast gleich“ wäre.

Seitdem sprechen die englischen und amerikanischen Anhänger eines „Westblocks“ davon, daß die ökonomische Macht des Ruhrgebiets der Schaffung eines neuen „Sanitätskordons“ gegen die Sowjetunion dienen soll. Eine solche Lösung des Ruhrproblems kann Europa natürlich keine Sicherheit bieten, sie kann denjenigen Ländern, für die die Kohle und das Eisen der Ruhr die wichtigste Voraussetzung der ökonomischen Wiedergeburt sind, keinen Zutritt zu den Ressourcen des Ruhrgebiets gewährleisten.

Der Plan, das Ruhrgebiet unter der Kontrolle einer oder zweier Mächte zu belassen, liegt nicht im Interesse der Sicherheit und garantiert nicht die richtige Verteilung seiner ökonomischen Ressourcen.

England hat die Verwaltung des Ruhrgebiets im Laufe von zwei Jahren dazu ausgenutzt, dieses Gebiet den britischen Monopolen ökonomisch unterzuordnen. Die britischen Besetzungsbehörden übernahmen in erster Linie die Kontrolle über seine beiden wichtigsten Industriezweige, den Kohlenbergbau und das Hüttenwesen. Der Kohlenbergbau wurde der britischen „Verwaltung zur Kontrolle über die Kohlenindustrie Norddeutschlands“ unterstellt, das Hüttenwesen stand

anfangs nur teilweise unter direkter englischer Kontrolle. Später wurde jedoch von den britischen Behörden ein analoges Kontrollorgan für die Hüttenindustrie, die Norddeutsche Eisen- und Stahlkontrolle, geschaffen. Unter ihrer Aufsicht blieben die alten Gebieter über Eisen und Stahl des Ruhrgebiets, die Vereinigten Stahlwerke, die Klöckner AG., die Gutehoffnungshütte, Krupp und Mannesmann, weiter am Werk.

Die Aufrechterhaltung der deutschen Konzerne in ihrer alten Form aber brachte sowohl den britischen Behörden als auch den britischen Monopolen gewisse Unannehmlichkeiten. Einerseits verurteilte die Weltöffentlichkeit die Aufrechterhaltung der deutschen Monopolvereinigungen und forderte Befolgung der Potsdamer Beschlüsse über die Dezentralisation der ökonomischen Macht. Anderseits lag den englischen Monopolkreisen daran, das Hüttenwesen des Ruhrgebiets unter direktere Kontrolle gestellt zu sehen.

Damals kam der Plan auf, die Hüttenindustrie des Ruhrgebiets reorganisieren zu lassen, und zwar durch den ehemaligen Verwaltungsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke, Dinkelbach. Seine Devise war: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß! Er wollte nämlich die Öffentlichkeit beschwichtigen, gleichzeitig aber die deutschen Monopole des Ruhrgebiets aufrechterhalten, sei es auch in einer den englischen Monopolvereinigungen noch mehr untergeordneten Stellung.

Dieser Plan wird in Form einer Dekartellierung ins Werk gesetzt. Vier Werke sind bereits den größten Hüttenmonopolen des Ruhrgebiets entzogen worden. In den nächsten sechs Monaten sollen noch weitere 25 ausgesondert werden. Wie Dinkelbach auf einer Pressekonferenz Ende März d. J. erklärte, will man diese Werke zu einer Gesellschaft zusammenschließen, die der erwähnten (britisch-deutschen) Norddeutschen Eisen- und Stahlkontrolle direkt unterstellt werden soll. Dinkelbach ist Aufsichtsratsvorsitzender aller vier bisher ausgesonderten (in Aktiengesellschaften umgewandelten) Werke. So wird also im Ruhrgebiet eine neue gigantische Hüttenmonopolvereinigung geschaffen, wobei die früheren Monopole als von ihr abhängige Hilfskombinate beibehalten werden.

Das Aktienkapital der aus den deutschen Konzernen ausgesonderten Werke ist offensichtlich zu gering, um ihr normales Funktionieren zu gewährleisten. So beträgt das Aktienkapital der Stahlwerke AG. (Bochum) nur 100 000 Mark. Das Werk beschäftigt aber 3000 Arbeiter und Angestellte, d. h. es hat eine weit höhere Kapazität, als aus dem Aktienkapital zu schließen wäre. Das

bedeutet aber, daß das Werk, wenn es existieren will, unweigerlich ausländisches, also englisches oder amerikanisches Kapital aufnehmen muß.

Kennzeichnend ist, daß die Börse auf den „Dekartellierungsplan“ mit einer — Kurssteigerung der Aktien der Monopolvereinigungen reagiert hat. So stiegen die Aktien des Klöckner-Konzerns von 130 (Juni 1946) auf 171,5 (Januar 1947), die Aktien der Vereinigten Stahlwerke AG. von 70 auf 131, die der Gutehoffnungshütte von 180 auf 284. Die deutschen Monopolherren begreifen, daß der Dinkelbachplan, trotz der verstärkten Kontrolle der englischen und amerikanischen Monopolkreise über die Wirtschaft des Ruhrgebiets, ihnen ihre Existenz und ihre Profite garantiert.

Das erste und wichtigste Resultat, das die Engländer im Ruhrgebiet erzielt haben, besteht darin, daß sie sich die Wirtschaft des Ruhrgebiets unterordnen. Sie spielten, wie wir gesehen haben, ein abgekartetes Spiel mit den deutschen Monopolen, die auf diese Weise möglichst viele ihrer früheren Positionen beizubehalten hoffen.

Die britischen Behörden haben ihre Stellung dazu ausgenutzt, die Verteilung der Kohle und des Stahls ganz in die Hand zu nehmen. Andern Ländern ist der Zutritt zu den Ressourcen des Ruhrgebiets verschlossen. Ruhrkohle ging in erster Linie in Länder wie Österreich, Luxemburg und Holland. Im letzten Quartal v. J. wurden 2,3 Millionen Tonnen Kohle aus der englischen Zone ausgeführt, davon nach Österreich 485 000 Tonnen, nach Luxemburg 328 000 Tonnen, nach Holland 329 000 Tonnen, nach Frankreich 309 000 Tonnen, nach Dänemark 242 000 Tonnen, nach Belgien 212 500 Tonnen usw. Frankreich hat also weniger Kohle erhalten als Österreich oder Luxemburg. England und die USA übten mit Hilfe des Kohlenexports einen politischen Druck auf Frankreich aus, um es zu zwingen, sich dem Abkommen über den Zusammenschluß der britischen und der amerikanischen Besatzungszone anzuschließen.

Die von der Hitlerokkupation in Mitleidenschaft gezogenen Länder Europas mußten die erhaltene Kohle mit Devisen bezahlen, oder aber teure amerikanische Kohle einführen. Für die englischen und amerikanischen Monopole war das sehr vorteilhaft. So haben z. B. die USA, die vor dem Kriege nur 100 000 Tonnen Kohle nach Europa exportierten, im Vorjahr den Export auf 18 Millionen Tonnen gesteigert und etwa 300 Millionen Dollar dafür eingehemst. England füllt durch den Ruhrkohlenexport seine Devisenbestände auf.

Der Kohlemangel in Europa ist für gewisse Monopolkreise Englands und der USA zweifellos

von Nutzen. Ist dies nicht vielleicht der Grund, warum die Kohlenförderung des Ruhrgebiets so sehr nachgelassen hat? Das Ruhrgebiet förderte 1946 insgesamt nur 54 Millionen Tonnen gegenüber 127 Millionen Tonnen im Jahre 1937. Der Kohlenexport betrug nur 10 Millionen Tonnen, während Frankreich allein 12 Millionen Tonnen Ruhrkohle jährlich für seine Industrie benötigt. Vergleichsweise sei angeführt, daß 1937, als die Hitlerfaschisten im Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen den Ruhrkohlenexport bereits stark eingeschränkt hatten, dieser noch immer 30 Millionen Tonnen im Jahr überstieg.

Das Ruhrgebiet lieferte Anfang 1947 nur 41 Prozent der Kohlenausbeute von 1938. In der Sowjetzone erreichte die Kohlenförderung zur gleichen Zeit 74 Prozent der Ausbeute von 1938. Ein Arbeiter im Ruhrgebiet leistet nur 55 Prozent dessen, was er vor dem Kriege geleistet hat, während die entsprechende Ziffer für den wichtigsten Steinkohlenbezirk der Sowjetzone — Zwickau — 80 Prozent beträgt.

Nach der Unterzeichnung des englisch-amerikanischen Abkommens über den ökonomischen Zusammenschluß der beiden Zonen hat sich die Lage im Ruhrgebiet nicht gebessert. Das zeigen die Streiks, die Hungerdemonstrationen usw. Das Ruhrgebiet ist zu einem Unruheherd Deutschlands geworden; England und die USA nutzen ihre Herrschaftsstellung dort zu politischen Zwecken aus, was der Zusammenarbeit der Großmächte zum Schaden gereicht. In diesem Lichte ist die Äußerung W. M. Molotows über die Methoden, wie das Ruhrproblem zu lösen ist, von besonderer Bedeutung. Er sagte:

„Man soll nicht danach streben, dieser oder jener Großmacht im Ruhrindustriegebiet die vorherrschende Stellung zu sichern, sondern danach, eine wirkliche internationale Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, die den Rechten und Interessen sowohl der großen als auch der kleinen verbündeten Länder Rechnung tragen muß und dem deutschen Volk selbst sowie seinen dringendsten Bedürfnissen gebührende Aufmerksamkeit schenkt.“

\* \* \*

Die Besonderheit des Ruhrgebiets besteht darin, daß es einerseits das bedeutendste Zentrum der deutschen Industrie ist und andererseits die wichtigste ökonomische Basis der deutschen

Aggression, das Hauptarsenal der deutschen Kriegsindustrie darstellte.

Das Wirtschaftspotential des flächenmäßig kleinen Ruhrgebiets (4737 qkm) macht einen großen Teil des gesamten deutschen Wirtschaftspotentials aus und übertrifft dasjenige vieler Länder Europas. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das Ruhrgebiet ein Viertel der deutschen Industrieproduktion und einen noch größeren Teil der deutschen Kriegsproduktion geliefert hat. Die Kokserzeugung war doppelt so hoch wie in England. Das Ruhrgebiet lieferte 10 Prozent der Weltausbeute an Kohle.

Da hier die drei wichtigsten Kriegsindustriezweige — außer der Kohlenindustrie und dem Hüttenwesen auch erhebliche Teile der chemischen Industrie — konzentriert sind, konnten die deutschen Monopolherren das Ruhrgebiet in eine Schmiede der deutschen Aggression verwandeln. Fünf gigantische Hüttenkonzerne, sechs Kohlenkonzerne und ein Chemiekonzern waren — eng miteinander verknüpft — die Alleinherrscher über das Ruhrgebiet und damit auch die wahren Herren Deutschlands. Im Ruhrgebiet stand die Wiege des deutschen Monopolkapitals, es war sein Hauptbollwerk, die Hauptbasis seiner ökonomischen und politischen Macht.

Diese spezifischen Wesenszüge der Ruhrwirtschaft sind bestimmd für die Aufgaben und Ziele der verbündeten Mächte. Demokratisierung und Demilitarisierung des Ruhrgebiets, Kontrolle der vier Großmächte über das Ruhrgebiet und gemeinsame Verteilung seiner Produktion, diese vier Faktoren können garantieren, daß das Ruhrgebiet nicht wieder zum Arsenal einer Aggression wird, daß es der friedlichen Entwicklung der Volkswirtschaft Deutschlands wie auch der übrigen europäischen Länder dienstbar gemacht wird.

Die Politik Englands und der USA im Ruhrgebiet entspricht nicht diesen Forderungen. Die Vorgänge nach der Beendigung der Moskauer Außenministerberatung zeigen, daß man nicht beabsichtigt, diese Praxis an den Nagel zu hängen. Das läßt vor allem das englisch-amerikanisch-französische Kohlenabkommen erkennen. Diese Tendenz verheißt nichts Gutes für die Sicherheit Europas, um so mehr, als dem Ruhrgebiet in den Plänen der Kriegsbrandstifter ein bedeutender Platz angewiesen ist. Im Interesse eines dauerhaften Friedens ist eine richtige Lösung des Ruhrproblems dringend geboten.

# Internationale Umschau

(Notizen)

## DER BÜRGERKRIEG IN GRIECHENLAND

Am 9. April hat die griechische faschistisch-monarchistische Regierung große Kriegsoperationen gegen die Partisanentruppen der griechischen Demokraten begonnen. Fast die gesamte, von englischen Offizieren gedrillte Regierungstruppe, Gendarmerie und Polizei, bewaffnet mit „Spitfire“-Flugzeugen, englischen Raketengeschützen, neuester Artillerie, Panzern und Granatwerfern sind gegen die Partisanen aufgeboten. Auch Kriegsschiffe sowie speziell ausgebildete und bewaffnete Banden wurden gegen sie eingesetzt.

Der Plan der Kriegshandlungen ist unter Leitung General Rawlings', des Chefs der englischen Militärmission in Griechenland, ausgearbeitet worden. Bei dem Stab, der die Kriegshandlungen leitet und sich in der Stadt Volos befindet, trafen — offiziell um die Operationen zu beobachten, in Wirklichkeit aber, um sie zu leiten — der englische General Grey und mehr als 50 englische Stabsoffiziere (im Rang vom Hauptmann bis zum Obersten) ein. Später weilten auch der Marine- und der Militärrattaché der USA an Ort und Stelle.

Bei dieser Gelegenheit haben die offiziellen griechischen Kreise sogar aufgehört, die Abteilungen der demokratischen Partisanenarmee als Banditen zu bezeichnen, da sie wahrscheinlich zu der Auffassung gelangt sind, es stehe den englischen Generälen schlecht an, für Kriegsoperationen gegen „Banden“ Pläne auszuarbeiten. So ist die offizielle Bezeichnung „Partisanenarmee“ (Guerillas Army) durchgedrungen.

In den ersten Tagen der Offensive wurden in Athen Siegesberichte veröffentlicht. Am 9. April wurde gemeldet: „Die Operationen entwickeln sich seit heute morgen befriedigend und entsprechend dem Plan.“ Am 10. April erfuhr man, die Regierungstruppen hätten „die Objekte erreicht, die ihnen entsprechend dem Plan vorgeschrieben waren“. Der griechische Luftfahrtminister Kanellopoulos erklärte, die Offensive in Nord- und Mittelgriechenland habe „vorzügliche“ Resultate gezeigt, und am 12. April teilte der Brigadegeneral Manithakis auf einer Pressekonferenz mit, es sei den Regierungstruppen gelungen, zwischen den Flüssen Acheloos und Megdova (im Raum von Pindos) mehr als 2000 Partisanen einzukesseln.

Allein schon am 18. April wurde der Ton der offiziellen Verlautbarungen herabgesetzt. Es stellte sich heraus, daß die Regierungstruppen keinerlei Siege über die demokratische Armee errungen haben. Mehr noch, in der Presse Griechenlands und des Auslands erschienen Meldungen über Erfolge der Partisanen.

Am 14. April erörterte die Regierung den Verlauf der Kriegshandlungen. Wovon auf dieser Sitzung gesprochen wurde, ist unbekannt, fest steht jedoch, daß der Kriegsminister Stratos hierauf nach Volos abreiste. Am 15. April erklärte ein Vertreter des Generalstabs auf einer Pressekonferenz, die Aktionen der Regierungstruppen würden so stark durch schlechtes Wetter behindert, daß sie gezwungen seien, den Operationsraum auf den südlichen Teil des Pindos zu beschränken. Aber auch hier vermochten die Strafexpeditionen nichts auszurichten. Am 20. April wurde in Athen bekanntgegeben, die Partisanen, die den früheren Regierungsmittelungen zufolge bereits im Pindosgebirge eingekesselt waren, hätten im Rücken der Regierungstruppen drei Brücken gesprengt.

Die Ergebnisse der ersten beiden Wochen der Offensive bewiesen ihr völliges Scheitern. Brigadegeneral Manithakis erklärte deshalb am 22. April, die Kriegsoperationen würden „von nun an weniger publik gemacht werden“.

Obgleich der Außenminister Tsaldaris von der Heeresleitung verlangt hat, daß die Partisanen so rasch wie möglich vernichtet würden, da die „Hilfe der USA die griechische Regierung hierzu verpflichtet“, brachten auch die folgenden beiden Wochen den Würgern der Freiheit des griechischen Volkes keinen Erfolg. Im Gegenteil. In vielen Bezirken der Kriegshandlungen ist die Initiative der Operationen auf die demokratische Armee übergegangen, und diese hat dem Feind bereits eine Reihe ernster Gegenschläge versetzt. Einer dieser Schläge im Raum von Sparta (auf dem Peloponnes) hatte zur Folge, daß eine Kompanie Gendarmen zusammen mit ihren Kommandeuren vernichtet wurde. In der gleichen Gegend bemächtigten sich Partisanenabteilungen der Stadt Astros und kontrollieren nunmehr die Umgebung dieser Stadt. Die Operationen der Partisanen sind auch in Westmazedonien, im Raum von Saloniki, und in den zentralen Bezirken des Landes lebhafter geworden. Auf der Insel Kreta sind

die Partisanen zu aktiven Aktionen übergegangen.

Das prahlerische Geschrei von der Parlamentstribüne, daß die Partisanen vernichtet seien, ist verstimmt. Ende April gab der monarchistische Abgeordnete Zolokostas im Parlament zu, daß die Initiative in dem von der Regierung eröffneten Krieg gegen das Volk fast überall in die Hände der Partisanen übergegangen ist. Er verlangte neue Einberufungen zur Armee, um schon jetzt zu Operationen für den Winter rüsten zu können. Zolokostas erklärte:

„Die Partisanen kontrollieren auch weiter große Bezirke des Landes, und selbst mit amerikanischer Hilfe werden wir sie nicht vernichten.“

So zeigt die Wirklichkeit, daß die Intervention Englands und der USA nur zu einer Verlängerung des Bürgerkrieges in Griechenland und zu neuen Opfern des griechischen Heldenvolkes führt, das für seine demokratischen Rechte und für seine Unabhängigkeit kämpft.

#### WIE PROZESSE GEGEN „KOMMUNISTISCHE VERSCHWÖRER“ FABRIKIERT WERDEN

Die „Neue Zeit“ berichtete am 1. August 1946 (Nr. 15) von der Verfolgung der demokratischen Organisationen und einzelner Persönlichkeiten in den Ländern des Nahen Ostens, die fast gleichzeitig im Juli 1946 in Ägypten und im Irak einsetzte, nachdem die nationale Befreiungsbewegung einen neuen Aufschwung genommen hatte.

Die von englischen Instrukteuren ausgebildete ägyptische Polizei versuchte eine „kommunistische Verschwörung“ gegen den ägyptischen Staat zusammenzustoppen. Unter Angehörigen der freien Berufe, Arbeitern und Studenten wurden Hunderte von Verhaftungen vorgenommen. Die Zeitungen und Zeitschriften fortschrittlicher Richtung wurden verboten. Sidki Pascha, der damals an der Spitze der ägyptischen Regierung stand, befaßte sich so eifrig mit der „Rettung des Vaterlandes“, daß sogar das durchaus nicht fortschrittliche Wochenblatt „Rosa el Jussef“ ihn ironisch als einen Zirkusdompteur abbildete, der die sich vor ihm aufbäumenden, in Aufschriften als „Kommunismus“ und „Innere Probleme“ bezeichneten Bestien mit geschwungenen Knute bedrohte. Das Parlament wurde veranlaßt, ein Ausnahmegesetz über den Kampf gegen den Kommunismus zu beschließen.

Das Strafgericht gegen die demokratische Bewegung war von einer ungeheuerlichen Antisowjetkampagne begleitet. Broschüren über die Sowjetunion und Porträts der Führer des Sowjet-

staates wurden aus den Läden entfernt. Der in der Sowjetunion hergestellte Dokumentarfilm „Die Einnahme Berlins“ wurde verboten.

Die demokratische Presse der arabischen Länder beurteilte diesen ganzen „antikommunistischen“ Feldzug richtig als einen Versuch Sidki Paschas, die Aufmerksamkeit der ägyptischen Öffentlichkeit von dem Kuhhandel abzulenken, den er mit England zu schließen im Begriff stand. Es gelang ihm bekanntlich nicht, den geplanten Kuhhandel zum Abschluß zu bringen. Überführt, die nationalen Interessen Ägyptens verraten zu haben, wurde Sidki Pascha zum Rücktritt gezwungen. Aber die als Staatsverschwörer qualifizierten und verhafteten Personen kamen dennoch kürzlich vor Gericht. Die aus Ägypten eingetroffenen Zeitungen schildern diese von der Polizei fabrizierten Prozesse.

So veröffentlichte „Le Progrès égyptien“ am 6. und 7. April einen Bericht über den Prozeß gegen eine Anzahl wegen „kommunistischer Verschwörung“ angeklagter Arbeiter, die in Alexandrien vor ein Schwurgericht gekommen sind. Der Hauptangeklagte war der 73jährige Mohammed Omar. Zusammen mit ihm wurden der Friseur Ahmed el Sawi, der Verzinner Hassan el Naggar, der Anstreicher Hanafi Ahmed, der Weber Kamel Ibrahim und der Straßenfeger Hindawi Ismail auf die Anklagebank gesetzt. Sie alle wurden angeklagt, „bestrebt gewesen zu sein, das individuelle Eigentum und die Familie zu zerstören“, „ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates geschmiedet und die Propagierung der Prinzipien des Kommunismus unterstützt zu haben, um durch Anwendung von Gewalt und durch Revolution die fundamentale Struktur der Gesellschaft in Ägypten zu ändern“.

Führen wir einige Auszüge aus dem Protokoll über die Vernehmung des alten Omar an.

Richter: Haben Sie an dieser Verschwörung teilgenommen?

Omar: Niemals.

Richter: Kennen Sie die übrigen Angeklagten?

Omar: Einige von ihnen.

Richter: Und die Broschüren, die bei Ihnen gefunden worden sind?... Ferner eine Stalingravüre...?

Omar: Euer Gnaden wissen, daß das Sachen sind, die auf dem Markte verkauft werden. Was die Photographie Stalins betrifft, so ist es Ihnen wohl kaum entgangen, daß er ein Verbündeter war und daß er ein großer Strateg ist, der es verstanden hat, der deutschen Wehrmacht die Bitterkeit der Niederlage zu kosten zu geben... Deshalb war ich stolz darauf, das Photo bei mir zu haben.

**Richter:** Der zweite Angeklagte hat erklärt, daß Sie ihn angeregt haben, Kommunist zu werden.

**Omar:** Wenn ich das Arabische gut kannte und wenn ich ein gebildeter Mann wäre, so wäre das möglich gewesen. Aber ich bin ein armer Teufel und kenne dies Individuum nur vom Trick-Track her.

Hierauf wird der Friseur El Sawi vernommen.

**Richter:** Und die Bücher über den Kommunismus?

**El Sawi:** Was bedeutet denn „Kommunismus“?

**Richter:** Und das Buch mit dem Titel „Die Sowjetverfassung“?

**El Sawi:** Ist auch das „Kommunismus“?

Beim Verhör des dritten Angeklagten — des Verzidders Naggar — stellte sich heraus, daß dieser den Einflüsterungen der Polizei erlag und gegen andere Angeklagte gerichtete Aussagen unterschrieben hat.

**Richter:** Sie waren mit diesen Personen assoziiert?

**Naggar:** Nein, ich bin Verzinner und widme alle meine Zeit meiner Arbeit.

**Richter:** Und diese Deklarationen, die Sie gemacht haben?

**Naggar:** Das ist recht einfach, Euer Gnaden. Der Polizeioffizier hat mich veranlaßt, sie zu machen. Und da er ein Freund meines Bruders ist, so wollte ich anfänglich, um ihm Vergnügen zu bereiten, so tun, als ob ich sie anerkenne. Aber sehen Sie. Jedesmal, wenn der Offizier mich vor den Untersuchungsrichter führte, vergaß ich, was ich sagen sollte. (*Stürmische Heiterkeit im Gerichtssaal*). . . Da der Offizier mich mit Zigaretten und Kuchen traktierte und . . . mit mir Autodroschke fuhr . . . so ließ ich sie mir schließlich diktieren, und er riet mir, sie zu unterzeichnen. Was ich auch getan habe...

Die Geschichte des folgenden Angeklagten — des Malers Hanafi — war viel weniger fröhlich. Er berichtete, wie er in eine Zelle ohne Tageslicht eingesperrt wurde und wie er, als er sich weigerte, eine Erklärung zu unterschreiben, ähnlich derjenigen, die Naggar unterzeichnete, hart bedrängt wurde und in den Hungerstreik trat. Hanafi erzählte:

„Mir wurde 76 Tage lang schwer zugesetzt. Schließlich tat ich, als ob ich annähme, und meine Behandlung verbesserte sich beträchtlich.“

„Warum haben Sie sich nicht beim Untersuchungsrichter beklagt?“

**„Der Offizier war dabei...“**

Der Prozeß gegen die „kommunistischen Verschwörer“ wuchs sich zu einem solchen Skandal

aus, daß das alexandrinische Gericht beschloß, alle Angeklagten freizusprechen. Der Versuch, eilig zusammengeraffte Personen der Absicht zu bezichtigen, sie wollen das Staatsystem Ägyptens untergraben, hat nur die Obrigkeit zu diskreditieren vermocht.

Schon vor diesem Prozeß hatte das Strafgericht es wegen Mangels an Beweisen abgelehnt, den Prozeß gegen einen Jugendlichen zu eröffnen, der im Mai 1946 unter der Anschuldigung, eine „kommunistische Verschwörung“ vorbereitet zu haben, verhaftet worden war. Einer Mitteilung der Zeitung „La Patrie“ zufolge bewies die Verteidigung, daß der Angeklagte zu denjenigen ägyptischen Bürgern gehört, die eine Verbesserung der Verhältnisse der arbeitenden Klasse ihres Heimatlandes und eine Verwirklichung der ägyptischen nationalen Wünsche anstreben (nämlich die Evakuierung der ausländischen Truppen aus Ägypten und dem Sudan), und daß er gegen den Vertrag mit Großbritannien sowie gegen die Manöver des ausländischen Imperialismus in Ägypten aufgetreten ist. Vom Mai 1946 bis Februar 1947 saß dieser Jugendliche (dessen Namen die Zeitung nicht mitteilt) im Gefängnis und wartete auf den Strafprozeß.

Die öffentlich bekanntgewordenen Gerichtsverfahren gewähren Einblick in die Fabrikation von Prozessen gegen „kommunistische Verschwörer“ und entlarven die Reaktionäre, die mit den Interessen des ägyptischen Volkes Handel treiben. Durch ihr Geschrei über die „rote Gefahr“ versuchen sie ihren Kuhhandel mit den fremdländischen Unterdrückern Ägyptens zu tarnen.

## DIE DEUTSCH-UKRAINISCHEN FASCHISTEN UND IHRE SCHUTZHERREN

In den westdeutschen Besatzungszonen wurde vor kurzem ein in englischer Sprache geschriebener und mechanisch vervielfältigter „Offener Brief an Herrn Winston Churchill“ verbreitet, der von einer Gruppe ukrainisch-deutscher Faschisten herrührt. Diese Faschisten haben bekanntlich unter den Fittichen der britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden Zuflucht gefunden.

Die Verfasser des Briefes streichen Churchill als „eine hervorragende politische Persönlichkeit unserer Zeit“ heraus. Sie begrüßen seine Auslassungen — „vor allem die in Fulton gehaltene erste Rede“ —, die zum Krieg gegen die Sowjetunion auffordert. Gleichzeitig jedoch werfen sie Churchill vor, daß er die Niederwerfung Hitlerdeutschlands zugelassen und nicht früher einen Block mit den deutschen Faschisten gegen die

Sowjetunion gebildet hat. Im übrigen sind sie bereit, ihren Adressaten zu entschuldigen, da er auf einen dem ihren ähnlichen Standpunkt übergegangen ist. Sie schreiben:

„Sie raten einfach zu einer Allianz der englisch sprechenden Nationen. Wenn Sie dieses projektierte Bündnis im Sinne der Notwendigkeit gemeinsamer Kriegsvorbereitungen Großbritanniens und der USA in Hinsicht auf den herannahenden dritten Weltkrieg auffassen, so könnten wir das begreifen.“

Aber sie haben keine Geduld, sie wollen nicht warten:

„Die geplante enge militärische Allianz Großbritanniens und der USA zu dem Zweck, die Streitkräfte dieser Mächte wirksam auf den unvermeidlichen, herannahenden dritten Weltkrieg vorzubereiten, das ist eine Sache; gleichzeitig aber müssen Aktionen gegen den Bolschewismus... im Weltmaßstab... folgen.“

Die ukrainisch-deutschen Faschisten verlangen den schleunigsten Beginn des Krieges und erklären weithin vernehmlich, der Krieg werde geführt werden, um das russische Volk zu unterjochen und die Sowjetunion zu zerstücken und zu vernichten, also um der gleichen Ziele willen, die das hitlerfaschistische Deutschland sich geheckt hat. In ihren wahnwitzig trunkenen Träumen sieht dieser faschistische Abschaum sich bereits als Teilnehmer des bewaffneten Feldzuges gegen die Sowjetunion und feiert sich selbst sogar als eine „Aufständischenarmee“, die gegen die Sowjetarmee kämpft, obgleich sehr wohl bekannt ist, daß die Verfasser des Briefes vorläufig nur in Münchener Bierkellern nach ausgiebigem Trunk Kämpfe führen. Sie bieten ihre Dienste als Gendarmen und Henker der Russen, der Ukrainer und anderer Sowjetvölker an. Schon als deutsche Söldlinge haben sie in den zeitweilig von den Hitlerfaschisten okkupierten Bezirken diese Rolle gespielt, und jetzt können sie die Möglichkeit nicht erwarten, ihre Erfahrungen im Dienste anderer Herren aufs neue anzuwenden. Sie beklagen sich bei Churchill, daß ihr Eifer ungenügend gewürdigt wird, und versichern ihn ihrer knechtischen Ergebenheit und Bereitschaft.

In den Träumereien dieser verschworenen Banditen gibt es nichts Erstaunliches; auch die Wahl des Adressaten für ihren Brief kann niemand befremden; nicht zu verwundern sind auch die freigebigen Lobsprüche für das Hitlerregime, die in ihrem Schreiben zu finden sind. Das Erstaunen und die Empörung jedes ehrlichen Menschen muß etwas anderes hervorrufen, weshalb nämlich diese faschistischen Schelme sich auf freiem Fuß befinden. Weshalb lassen die englischen und amerikanischen Behörden ihnen ihren Schutz angedeihen? Weshalb werden sie nicht nur mit Speise und Trank versorgt, sondern auch in die Möglichkeit versetzt, eine hemmungslose

Propaganda des Faschismus und des Krieges in Wort und Schrift zu verbreiten?

An sich bilden diese Nachgeburen Hitlers ein verschwindend geringes Häuflein. Aber die Tatsache, daß derartige Banden in den westdeutschen Besatzungszenen planmäßig unterstützt werden, wirft ein greelles Licht auf das Verhalten der Besatzungsbehörden dieser Zonen zu ihrer ersten Obliegenheit — die faschistischen Nester restlos auszuheben und den Faschismus auszurotten.

### „DIVIDE ET IMPERA“ IN HOLLANDISCHER AUSGABE

Mijnheer van Mook, der Generalgouverneur Niederländisch-Indiens, hat in letzter Zeit eine eigenartige Sehergabe an den Tag gelegt.

Ende 1946 sagte er die Entstehung eines neuen Staates — Ostindonesiens — voraus. Seine Voraussage ging bald in Erfüllung. Im Dezember hielt eine kleine Gruppe von Usurpatoren Heerchau auf der Insel Bali und proklamierte die Abtrennung des „Staates Ostindonesien“ von der Indonesischen Republik, um auf der Stelle die Posten des Präsidenten, des Regierungsvorsitzenden, der Minister und der Parlamentsmitglieder unter sich zu verteilen.

Ende April 1947 machte van Mook eine neue Voraussage durch folgende Erklärung:

„In den unter holländischer Kontrolle stehenden Bezirken Westjavas wird wahrscheinlich eine Volksabstimmung abgehalten werden, um den Wunsch der Bevölkerung festzustellen, einen unabhängigen Sundastaat zu schaffen“, der angeblich „Existenzberechtigung“ besitze.

Die Volksabstimmung blieb aus, aber schon am 4. Mai veröffentlichte Kortlegawa, der Vorsitzende der sogenannten Partei des Sundavolkes, in der von holländischen Truppen besetzten Stadt Bandung eine Deklaration über die „Unabhängigkeit Westjavas“ und die Schaffung eines Staates Pasundan, zu dessen Präsidenten sich Kortlegawa aus eigener Machtvolkommenheit selber ernannte...

In den so rasch verwirklichten Voraussagen von Mooks gibt es nichts Wunderbares oder Geheimnisvolles. Die Zeitungen der Indonesischen Republik deckten sofort das plumpfe Geheimnis des Generalgouverneurs auf. Die Präsidenten, Regierungsvorsitzenden und Minister Ostindonesiens und Pasundans sind nichts weiter als bezahlte Agenten van Mooks. Nach seinem Diktat haben sie die Deklarationen über die Abtrennung dieser Gebiete von der Indonesischen Republik abgefaßt.

Um was für eine Unabhängigkeit es sich im Falle Pasundans handelt, davon spricht unzweideutig die Deklaration Kortolegawas selbst: die Betriebe und Pflanzungen werden den fremdländischen Eigentümern zurückgestattet; die holländische Souveränität hinsichtlich der Außenpolitik bleibt im Lande in Kraft; alle dem Sundastaat zufließenden Einkünfte werden gemeinsam mit dem holländischen Mutterland verwendet. In einer Erläuterung dieses Programms, die man Radan Kustomo, dem nächsten Gehilfen Kortolegawas, verdankt, erfreute dieser die Indonesier mit der folgenden glänzenden Aussicht:

„Sofortige Verwirklichung der Unabhängigkeit ist unmöglich... Aber natürlich werden wir in hundert Jahren bereits völlig unabhängig sein.“

Wiederherstellung der kolonialen Oberherrschaft der holländischen Imperialisten über Indonesien und ihre Verlängerung auf 100 Jahre, Aneignung seiner Reichtümer und Ausbeutung seiner Bevölkerung — das ist das Ziel und der Sinn der Politik van Mooks und seiner Haager Herren. Zu diesem Zweck machen die holländischen Gewalten in Indonesien in letzter Zeit immer großzügiger Gebrauch von dem alten Prinzip der

Imperialisten aller Länder: Trenne und herrsche. Dieses Prinzip wird mit besonderer Kunst von den englischen Imperialisten in ihren Kolonien gehandhabt, vor allem in Indien, wo sie den Haß zwischen Hindus und Mohammedanern, zwischen den verschiedenen Fürstentümern und zwischen den einzelnen Kasten der indischen Bevölkerung schüren. Von diesem Beispiel inspiriert, sind die holländischen Kolonialgewalten gegenwärtig in erster Linie darauf aus, die Kräfte des indonesischen Volkes, das dabei ist, die Ketten der kolonialen Sklaverei zu sprengen, zu veruneinigen.

Die holländischen Imperialisten mußten die Existenz der Indonesischen Republik anerkennen, aber die Absicht, sie zu vernichten, haben sie nicht aufgegeben. Daher die Suche nach neuen Quislingen und ihre Amtseinsetzung, die Schürung des Separatismus und die übereilte Schaffung von Marionettenstaaten auf Westborneo, auf Banka und Billington sowie in anderen Teilen Indonesiens.

Selbst in der klassischen englischen Ausgabe erweist sich die Taktik des „Trenne und herrsche“ immer häufiger als unwirksam. Noch weniger Erfolgsschancen wird die verbilligte holländische Ausgabe dieser Taktik in Indonesien haben.

## Brief aus der Mandschurei

A. TWERSKOI

ALS die japanischen Truppen am 18. September 1931 Mukden besetzten und sich nach Süden und Norden auszubreiten begannen, da erließ bei die mit dem Krieg gegen die chinesischen Kommunisten beschäftigten Kuomintangbehörden den Befehl, Japan keinen Widerstand zu leisten. Die drei reichsten nordöstlichen Provinzen Chinas — ein Gebiet von 1,1 Millionen qkm mit über 30 Millionen Einwohnern — wurden den japanischen Imperialisten um der egoistischen Interessen der reaktionären Gruppierung der Kuomintang willen aufgeopfert.

Die Bevölkerung der Mandschurei beugte sich nicht vor den japanischen Eindringlingen. In Stadt und Land entstanden Verbände zur Rettung des Staates sowie Partisanenabteilungen, die sich zu Regimentern und sogar zu Armeen vergrößerten. Bei Beginn des Japanisch-Chinesischen Krieges — am 7. Juli 1937 — gab es in der Mandschurei

11 Partisanenarmeen, die mehr als 200 000 Soldaten zählten. Sie wurden bald zu drei vereinigten antijapanischen Armeen der Nordostprovinzen umorganisiert. In den acht Jahren des Krieges sind diese Armeen kreuz und quer durch den Großen und Kleinen Chingan, die Ebene der Provinz Heilungkiang und an den Flußufern des Sungari und des Mudankiang entlang marschiert und haben den Japanern große Verluste beigebracht.

Die chinesische Zentralregierung ließ in allen diesen Jahren den antijapanischen Armeen der Mandschurei weder militärische noch materielle Unterstützung zuteil werden. Kein einziger Soldat, keine einzige Flinte oder Patrone wurden nach der Mandschurei geschickt. Erst nach der Kapitulation Japans trafen Truppen der Zentralregierung auf amerikanischen Kriegsschiffen in den Nordostprovinzen ein. Zusammen mit Ihnen

kamen auch Kuomintangbeamte an. In Tschangtschun, der Hauptstadt der Mandschurei, wurde eine sogenannte Politische Kommission für die Angelegenheiten der Nordostprovinzen geschaffen. Als Mitglieder dieser Kommission wurden Beamte aus Zentralchina auserwählt, die mit dem Befreiungskampf in den Nordostprovinzen niemals irgend etwas gemein gehabt haben. Zu ihrem Vorsitzenden wurde der 54jährige General Hsiungschihhui ernannt. Er gehört der reaktionären Gruppierung der Kuomintang an, ebenso wie der Vorsitzende des Wirtschaftsbüros der Politischen Kommission, der Schanghaier Bankier Tschangkiangao, der in der Kuomintangregierung Eisenbahnminister gewesen war.

Diese Kreaturen der Reaktion nahmen Kurs darauf, die aktiven Kämpfer für die Befreiung und die Demokratisierung der Mandschurei, die den vierzehnjährigen Kampf gegen die japanischen Eindringlinge mühsam durchgekämpft haben, aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben auszuschalten.

Die Kuomintangbehörden verlangten, daß die Vereinigte Demokratische Armee, der die drei obenerwähnten antijapanischen Armeen der Nordostprovinzen und einige Truppenteile der 4. und der 8. Armee, die heroisch gegen Japan gekämpft haben, angehörten, zahlenmäßig verkleinert und umformiert würde. Die Kommunistische Partei Chinas, nach Frieden strebend und der Bevölkerung der Mandschurei, die wieder mit dem Vaterland vereinigt werden wollte, entgegenkommend, ging auf Konzessionen an die Kuomintang ein und erklärte sich bereit, die Stärke ihrer Truppen in der Mandschurei zu vermindern, verlangte aber gleichzeitig die Anerkennung der vom Volke gewählten Behörden durch die Zentralregierung und die Beibehaltung der demokratischen Organisationen, die im Prozesse des Krieges gegen Japan und nach seiner Kapitulation geschaffen worden waren.

Während über diese Frage verhandelt wurde, transportierte die Kuomintang ihre mit amerikanischer Hilfe ausgebildeten und bewaffneten Truppenteile nach der Mandschurei. Gleichzeitig begann ein Kuomintangfeldzug gegen die demokratischen Kräfte. Angespornt durch die Straflosigkeit solcher Freveltaten, ermordeten Agenten der Reaktion in Charbin den Präsidenten der Zweigorganisation der Mandschurischen Gesellschaft für Freundschaft zwischen China und der Sowjetunion, den Volkshelden General Litschao-ling, der 14 Jahre lang in den Reihen der Armee für die Befreiung der Mandschurei und gegen die Japaner gekämpft hat. Eine Anzahl von Terrorakten gegen chinesische Patrioten wurde in Mukden, Szepingkai und Tschangtschun verübt.

Nachdem dann die Sowjettruppen in Erfüllung des Beschlusses der Moskauer Außenministerkonferenz aus der Mandschurei evakuiert waren, leitete die Kuomintang dort Kriegshandlungen ein. So begann der Bürgerkrieg in der Mandschurei.

Um den Preis großer Verluste gelang es den Kuomintangtruppen, eine Anzahl von Bezirken der Süd- und Zentralmandschurei in ihre Hände zu bringen. Sie haben Fuschun, Anshan, Mukden, Szepingkai, Kirin, Tschangtschun und andere Städte besetzt. Die Frontlinie verläuft jetzt von der Mündung des Nonniflusses den zweiten Sungari und die Eisenbahnlinie Kirin—Tunghua entlang. Aber die Vereinigte Demokratische Armee der Nordostprovinzen kontrolliert auch jetzt mehr als die Hälfte des Territoriums der Mandschurei mit über 20 Millionen Einwohnern. Fünf Provinzen — Heilungkiang, Chinggang, Nunkiang, Heikiang und Sungkiang — stehen vollständig unter ihrer Kontrolle, ebenso mehrere Kreishauptstädte der Provinz Kirin und viele einzelne Bezirke und Dörfer hinter der Frontlinie. Von den 9 Provinzen der Mandschurei steht keine einzige restlos unter der Kontrolle der Kuomintang.

In den Kreisen, die der Kuomintang in die Hände gefallen sind, sind die Ländereien den Grundherren zurückgegeben und alle demokratischen Reformen rückgängig gemacht worden.

In den unter der Kontrolle der Vereinigten Demokratischen Armee stehenden Bezirken sind die Provinzialregierungen von Versammlungen der Volksvertreter gewählt, die ihrerseits in Versammlungen der Arbeiter und der Bauern, der öffentlichen Organisationen, der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften gewählt wurden. Die Behörden der Bezirke und Dörfer sind ebenfalls in Versammlungen gewählt worden, wobei alle Bürger beiderlei Geschlechts, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben, das aktive und passive Wahlrecht besitzen, mit Ausnahme von Vaterlandsverrätern, Geistesgestörten und kriminellen Verbrechern.

Die Kuomintangpresse verbreitet ebenso wie viele amerikanische und englische Korrespondenten falsche Gerüchte und Fabeln, in denen behauptet wird, in den befreiten Bezirken der Mandschurei bestehe eine „komunistische Gewalt herrschaft“, eine „Diktatur“. Schon die Zusammensetzung der behördlichen Organe strafft diese verleumderischen Falschmeldungen Lügen. Die auf demokratischer Grundlage gewählten Machtorgane in den von der Vereinigten Demokratischen Armee kontrollierten Bezirken bestehen aus Vertretern: der Kommunistischen Partei Chinas, des für nationale Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie eintretenden linken Flügels der



1. Eine Patrouille mandschurischer Bäuerinnen fragt einen Passanten beim Betreten ihres Dorfes nach seinen Dokumenten. 2. In einem mandschurischen Dorf wird der Älteste gewählt. Die Wähler werfen ihre „Stimmzettel“ in einen hinter dem Rücken jedes Kandidaten befestigten Becher. Da es unter der Bevölkerung viele Analphabeten gibt, werden Bohnen an Stelle von Stimmzetteln verwendet.

Kuomintang, der Demokratischen Liga und anderer demokratischer Gruppen.

Sehen wir uns die Zusammensetzung eines beliebigen Provinzial- oder Kreisorgans auf dem von der Vereinigten Demokratischen Armee kontrollierten Gebiet an, so erkennen wir, daß die Plätze annähernd zu je einem Drittel unter Kommunisten, Vertretern anderer demokratischer Parteien und Parteilosen verteilt sind.

Das höchste Verwaltungsgremium ist das Vereinigte Verwaltungsbüro (das Exekutivkomitee der Nordostprovinzen), das auf dem 1. Kongress der Volksvertreter aller 9 Nordostprovinzen in der

Zeit vom 7. bis zum 15. August 1946 in Charbin gewählt worden ist. Es zählt 27 Mitglieder und ist nur dem Kongress der Volksvertreter der Nordostprovinzen, der einmal im Jahre zusammentritt, verantwortlich. An der Spitze des Verwaltungsbüros stehen der Vorsitzende Lingföng und seine zwei Stellvertreter, Kaotschungming und Tschanghsuehsze.

In den abgelaufenen Jahren ist in den befreiten Bezirken nicht wenig getan worden für die Demokratisierung des wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Die Mandschurei ist ein Agrarland mit relativ hochentwickeltem Bergbau. Mehr als 85 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Bevor die Sowjetarmee die Mandschurei befreite, sahen die Agrarverhältnisse wie folgt aus. Über 4 Prozent der gesamten Bodenfläche — etwa 6 Millionen Hektar — gehörten den japanischen Kolonisationsgesellschaften Kaitaku und Mantaku. Fast die Hälfte dieses Bodens war bereits umgepflügt. Der größte Teil der übrigen Agrarfläche gehörte chinesischen Gutsbesitzern. In der Nordmandschurei gehörten rund 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche großen Gutsbesitzern, die mehr als 90 Schang\* besaßen und insgesamt 2,9 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die mittleren und kleinen Grundbesitzer — 21,7 Prozent der Bevölkerung — besaßen 47,9 Prozent der Ackerfläche. Die armen Bauern — 12,2 Prozent der Bevölkerung — besaßen nicht mehr als 2,1 Prozent der Ackerfläche. Mehr als 63 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung besaßen überhaupt keinen Boden.

Bei der letzten Zeit konnte man in der Mandschurei beobachten — und in den Kuomintangbezirken kann man das heute noch —, was für verschiedene Formen die feudale Ausbeutung aufzuweisen hat, von der Schuldpacht und dem Wuchertum bis zum lebenslänglichen Verkauf von Sklaven an die chinesischen Feudalherren. Die meisten mandschurischen Bauern waren gezwungen, bei den großen Grundherren Boden zu pachten. In der Nordmandschurei z. B. gab es 20 verschiedene Arten der Bodenpacht. Der bäuerliche Pächter lieferte mehr als die Hälfte seiner Ernte an den Grundherrn ab. Nur wenige Bauern konnten mit genauer Not ihr Leben fristen, die meisten dagegen hungerten jahraus, jahrein, wurden allmählich ruiniert und verwandelten sich in Tagelöhner.

Die äußerst ungleichmäßige Verteilung des Grund und Bodens unter der landwirtschaftlichen

\* Schang — ein chinesisches Bodenmaß, nach Gebieten verschieden groß. In den mandschurischen Provinzen gilt ein Schang gleich 7640 Quadratmeter. Der Schang wird in 10 Mu eingeteilt.

Bevölkerung führte nicht nur zur Verelendung der Volksmassen, sondern hemmte auch die Entwicklung der Produktivkräfte der Landwirtschaft. Die Ernteerträge wurden geringer, und immer weniger davon kam auf den Markt.

Nach der Kapitulation Japans entsprang in vielen Bezirken der Mandschurei eine spontane Bewegung für die Aufteilung des Bodens, der früher den japanischen Kolonisationsgesellschaften und großen chinesischen Grundherren gehört hatte. Die demokratischen Behörden leiteten eine großzügige Bodenreform ein. In den meisten Kreisen erhielten die landlosen und landarmen Bauern den Boden als persönliches Eigentum. Angaben für den 1. März 1947 zufolge waren bis Ende v. J. 3 473 630 Schang Ackerland verteilt, das früher japanischen Kolonisationsgesellschaften und denjenigen chinesischen Grundherren gehört hatte, die mit den japanischen Okkupanten aktiv zusammenarbeiteten. So erhielten 5 312 169 landlose und landarme Bauern den erschienenen Boden.

Mit der Schuldpacht des Bodens war es vorbei. Die Pachtzahlung wurde fast überall auf 25 Prozent der eingebrachten Ernte herabgesetzt, während sie früher 50 bis 60 Prozent betragen hatte.

Der ökonomische Effekt der Bodenreform machte sich natürlich nicht auf einmal bemerkbar. Die jetzt mit Boden versorgten Bauern besaßen vorläufig noch nicht in genügender Anzahl landwirtschaftliches Inventar, Saatgut und Zugvieh. Aber das Vereinigte Verwaltungsbüro wies für diese Zwecke Kredite in Höhe von 500 Millionen Juan an. Die Darlehen kommen auf Beschuß der Vollversammlung der Bauernverbände den minderbemittelten Wirtschaften zugute.

Die Bodenreform erhöhte die politische Aktivität der Bauernschaft. Viele Bauern wurden aktive Sachwalter ihrer Angelegenheiten.

In einem Dorf in der Umgebung von Charbin unterhielt ich mich mit einem Bauern, der aus der von Hungersnot heimgesuchten Provinz Schantung in Nordchina stammte. In diesem Dorf teilten die Bauern im vorigen Sommer den Boden des Grundherrn Hsiui, der unter den Japanern Bezirkschef gewesen war, unter sich auf. Unter Ausnutzung seiner dienstlichen Stellung hatte Hsiui sich mehrere zehntausend Juan öffentlicher Mittel angeeignet. Er nahm von den Bauern Schmiergelder für die Freistellung von der Arbeitsdienstplicht und befaßte sich mit anderen anrüchigen Geschäften. Mein Gesprächspartner erzählte mir, er habe bei der Aufteilung von Hsiuis Besitzungen 2 Schang 9 Mu Boden erhalten. Seine Familie besteht aus fünf Köpfen. Auf meine Frage, ob der Boden jetztzureiche, um leben zu können, antwortete der Bauer:

„Mein Großvater, mein Vater und ich selbst



1. Eine Patrouille des bäuerlichen Selbstschutzes bewacht das Helmadorf. 2. Bauern teilen den Boden der Gutsbesitzer auf. Am Grenzrain wird ein Pfahl eingerammt.

haben niemals eigenen Boden besessen. Jetzt verdanke ich der demokratischen Regierung fast 3 Schang. Das ist nicht so viel, aber ich werde es fertigbringen, nicht nur meine Familie zu ernähren, sondern auch meine Kinder in die Schule zu schicken.“

Er sagte das äußerst einfach, aber ich entnahm der Intonation seiner Worte, von welcher Bedeutung diese eigenen drei Schang Boden für ihn sind. Dieser Bauer ist jetzt aktiv beteiligt an der lokalen Selbstschutztruppe, lernt lesen und schreiben und arbeitet beharrlich an seiner militärischen Schulung.

Hand in Hand mit der Bodenreform entstanden überall Bauernbünde, die jetzt über 3 Millionen Landwirte zählen. Diese Bünde führen

Maßnahmen durch wie die Senkung der Pachtzahlungen, die Verteilung der japanischen und der grundherrlichen Ländereien, die Säuberung der lokalen Verwaltungsorgane von Handlangern der Japaner und verschiedenen parasitären Elementen.

Der Widerstand des reaktionären Teils des Dorfes gegen die Bodenreform, die Überfälle von Räuberbanden, deren Häuptlinge in den meisten Fällen Großgrundbesitzer, Offiziere der Mandschukuoarmee und frühere Beamte der Marionettenregierung sind, haben, im Verein mit den Versuchen der Kuomintangregierung, sich der befreiten Bezirke zu bemächtigen, die Bauern gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Viele junge Bauern sind in die Vereinigte Demokratische Armee eingetreten. In jedem Dorf gibt es Freiwilligenabteilungen des lokalen Selbstschutzes, denen nicht nur erwachsene Männer, sondern auch junge Frauen angehören. Trotz ihrer primitiven Bewaffnung — hölzerne Piken mit eisernen Spitzen, urale Vorderladerflinten und nur selten moderne Gewehre — führen die Abteilungen des lokalen Selbstschutzes einen erfolgreichen Kampf gegen die Banditen.

Von der Kuomintangpresse, nicht selten auch von der Auslands presse, werden Nachrichten verbreitet, in denen gewöhnlich behauptet wird, in den befreiten Bezirken Nordchinas und der Mandschurei herrsche ökonomische Zerrüttung, und die Ursache hierfür sei die von den Kommunisten bewerkstelligte Vergesellschaftung der Industrie- und Handelsbetriebe, die Unterdrückung der „privaten Initiative“ im wirtschaftlichen Leben. Das sind verlogene Behauptungen.

In den befreiten Bezirken der Mandschurei herrscht natürlich, wie übrigens auch in den von den Kuomintangtruppen kontrollierten Bezirken, kein Überfluß an Industriewaren. Die Ursache für den Mangel an Industriewaren ist jedoch keineswegs die Wirtschaftspolitik der demokratischen Behörden, zumal die Bezirke der Zentral- und Nordmandschurei, die von der Vereinigten Demokratischen Armee kontrolliert werden, in industrieller Hinsicht niemals sehr entwickelt waren. Die Hauptursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt in dem von der Kuomintang angestiftenen Bürgerkrieg.

Die von den erwähnten Organen verbreitete Behauptung, die Kommunisten vergesellschafteten Industrie- und Handelsbetriebe, entspricht nicht der Wirklichkeit. Die demokratischen Behörden haben keine privaten Betriebe vergesellschaftet, mit Ausnahme der japanischen und derjenigen, die Volksverrätern gehörten, die in den politischen und polizeilichen Organen der Japaner gedient haben. Die persönliche Initiative und das Privatunternehmertum werden in den befreiten

Bezirken der Mandschurei keineswegs unterdrückt, sondern im Gegenteil gefördert. Die Wirtschaftspolitik der Behörden strebt die allseitige Entwicklung der Produktivkräfte des Landes an.

Es gibt in den demokratischen Bezirken der Mandschurei gegenwärtig vier Typen von Unternehmungen.

1. Betriebe, die öffentlich bewirtschaftet werden. Das sind die größten Fabriken, Kraftwerke und Gruben, die früher Japanern oder Vaterlandsverrätern gehört haben. Ein Teil dieser Betriebe, die für die ganze Mandschurei von Bedeutung sind, wird von dem Vereinigten Verwaltungsbüro kontrolliert, während die kleineren der Kontrolle der Provinzialbehörden und Gemeindeverwaltungen unterstehen.

2. Genossenschaftliche Unternehmungen. Meistens handelt es sich hier um kleine Werkstätten, in denen Waren des breiten Massenbedarfs hergestellt bzw. vertrieben werden. Ihr Anteil an Industrie und Handel ist gering, obgleich die Zahl dieser Unternehmungen immer größer wird.

3. Betriebe von gemischem Typus. Sie sind öffentliches Eigentum, werden jedoch von privatem und gesellschaftlichem Kapital gemeinsam bewirtschaftet.

4. Fabriken und Werke, verschiedene Werkstätten und Handelsgesellschaften in Privatbesitz und unter privater Bewirtschaftung. Dieser Betriebstypus ist am weitesten verbreitet. In dieser Gruppe gibt es Großbetriebe, mittlere Betriebe und Kleinbetriebe.

Der wirkliche Unterschied zwischen der Wirtschaftspolitik der befreiten Bezirke der Mandschurei und der des eigentlichen Chinas liegt darin, daß in der Mandschurei für die Werktätigen gesorgt wird.

Interessant ist, wie man nach neuen Formen der Bezahlung der Arbeit und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität in Privatunternehmungen sucht. Viele Industrielle schließen mit ihren Arbeitern und Angestellten einen Vertrag, worin letzteren außer dem Grundlohn ein gewisser Prozentsatz des Reingewinns als zusätzlicher Arbeitslohn zugesichert wird. Die Verteilung der Gewinne erfolgt einmal jährlich, vor dem chinesischen Neujahr.

Auf einer großen Mühle in Fungkiatang (Bezirk Charbin) beobachteten wir ein solches System in Wirksamkeit. Die Mühle beschäftigt 165 Arbeiter und Angestellte. Entsprechend dem am 16. September v. J. unterzeichneten Vertrag sollen 5 Prozent des Reingewinns für die Prämierung der besten Arbeiter und Angestellten abgezweigt werden, während 60 Prozent der verbleibenden Gewinnsumme unter den Aktionären verteilt und 40 Prozent den Arbeitern und

Angestellten als Zuschlag zu ihrem Grundlohn zugute kommen sollen. So hängt ein bestimmter Teil des Arbeitslohns von der Rentabilität des Unternehmens ab.

Auf der erwähnten Mühle ist noch kein Gewinn verteilt worden, aber die Geschäfte florieren so, daß den Arbeitern vor dem chinesischen Neujahr (Ende Januar) ein Vorschuß ausgezahlt werden konnte.

Auf meine Frage, ob die Arbeiter mit diesem neuen System der Arbeitsentlohnung, von dem ich in den örtlichen Zeitungen gelesen hatte, zufrieden seien, sagte einer der Mühlenarbeiter, ein schon nicht mehr junger Mann, mir folgendes:

„Ich arbeite jetzt das zwölften Jahr auf der Mühle. Drei Jahre war ich Lehrling, arbeitete ebensoviel wie die Erwachsenen, erhielt aber nur drei Tassen Haferschliß und kostenloses ‚Nachtlager‘ in einem Loch bei der Mühle. Geld wurde mir nicht ausgezahlt. Unter den Japanern arbeiteten wir 12—14 Stunden täglich und waren immer hungrig, zerlumpt und barfuß. Viele von uns lebten so schlecht, daß sie sich keine Familie anschaffen konnten — sie starben dann eben als Junggesellen. Erst jetzt, unter der demokratischen Staatsmacht, ist das Leben leichter geworden. Jetzt hat jeder von uns seine Familie. Ich arbeite nun 9 Stunden täglich, verdiene monatlich 6250 Juan und ebensoviel hoffe ich bei der Verteilung des Gewinns zu erhalten. Für dies Geld kann ich meine Frau und meine Kinder ernähren und kleiden...“

Der versprochene Zusatzlohn in Form eines prozentualen Anteils am Gewinn stimulierte die Produktivität der Arbeit: in dem halben Jahr seit der Unterzeichnung des Vertrages ist sie um 20 Prozent gestiegen. Der Verbrauch von Kohle ist um 15 Prozent, der von Schmieröl um 20 Prozent geringer geworden.

Gegenwärtig wird in fast allen Industriebetrieben der Mandschurei, ob es sich nun um private oder vergesellschaftete Unternehmungen handle, ein Entlohnungssystem wie das folgende praktiziert. Eine Tabakfabrik verteilt an ihre Arbeiter täglich 7 Prozent der fertigen Produktion, wobei auf jeden Arbeiter mehrere Schachteln Zigaretten kommen. Die Arbeiter dieser Fabriken führten ein so elendes Leben, daß selbst dieser Zuschlag zum Arbeitslohn einen positiven Einfluß auf die Arbeitsproduktivität ausübte. Bis dahin aber war die Arbeitsproduktivität so niedrig gewesen, daß die Fabrik vor der Gefahr stand, schließen zu müssen.

Trotz der Bürden des fortduernden Bürgerkrieges haben die demokratischen Behörden der befreiten Bezirke es verstanden, der Industrie eine gewisse Unterstützung zuteil werden zu lassen. Sie erleichterten die Steuerlast der Industriellen.

Heutzutage zahlen die Betriebsbesitzer nur eine progressive Einkommensteuer an Stelle von 12 Arten von Steuern, wie es sie unter der Herrschaft der Japaner gab. Viele Betriebe haben staatliche Subventionen und Anleihen erhalten. Die Industriebetriebe werden von einer Zentralstelle aus mit Rohmaterialien und Treibstoffen beliefert. Das Ergebnis ist, daß sich die Wirtschaft der befreiten Bezirke der Mandschurei im Wiederaufbau befindet.

Das sind die Tatsachen. In den befreiten Bezirken der Mandschurei ist das demokratische Regime kein Traum, keine Zukunft, sondern Wirklichkeit. Es ist noch jung, erst etwas über ein Jahr alt, hat aber bereits tiefe Wurzeln geschlagen, und läßt sich unmöglich ausräuchern. Die auf ihre ausländischen Schutzherrn gestützten chinesischen Reaktionäre haben die Hoffnung, die Macht der Grundherren und der Militäristen in der Mandschurei wiederherstellen zu können, nicht aufgegeben. Nüchtern gesprochen, haben sie nur geringe Erfolgsschancen, denn die breitesten Massen der Bevölkerung in der Mandschurei sind Verteidiger der neuen Verhältnisse. Die Bauern, die Boden als Eigentum erhalten haben, die Arbeiter, deren Lage sich verbessert, die Angehörigen der gebildeten Berufe, die große Möglichkeiten erhalten haben, ihre Kräfte und Kenntnisse anzuwenden, lassen den Gedanken nicht aufkommen, es könnte der Reaktion gelingen, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen. In den befreiten Bezirken der Mandschurei verfügt die Demokratie über ihre eigenen Streitkräfte — die Vereinigte Demokratische Armee und die Abteilungen des lokalen Selbstschutzes. Die zahlenmäßige Stärke dieser bewaffneten Kräfte beläuft sich nach Meinung kompetenter Persönlichkeiten auf 1 Million Mann, und sie wird dauernd größer.

Die Vereinigte Demokratische Armee der Nordostprovinzen ist eine der jüngsten Armeen der Welt, aber keineswegs die schwächste. Sie hat die rauhe Schule des Krieges gegen Japan durchgemacht. Sie ist eine disziplinierte und gut ausgebildete Armee. Zwar ist sie mit technischen Kampfmitteln nur schwach ausgerüstet — ihre Waffen wurden größtenteils den Japanern bzw. mehreren im Kampf zerschlagenen Kuomintangdivisionen abgenommen. Aber schon die ersten Kämpfe gegen die Kuomintangarmeen, die im Herbst d. J. eine „Generaloffensive“ in der Mandschurei unternahmen, haben gezeigt, was für ein ernster Gegner diese Armee ist, die die Errungenschaften der jungen chinesischen Demokratie verteidigt. Ihre Hauptkraft liegt darin, daß die Volksmassen, deren Lebensinteressen sie verteidigt, hinter ihr stehen.

Charbin, April 1947.

# In Mexiko

(Reisenotizen)

A. GONTSCHAROW

EINE ALTE AZTEKENLEGENDE erzählt von einem Adler, der, mit einer Schlange im Schnabel auf einem Kaktus sitzend, „auf Geheiß der Götter“ den Azteken zeigte, wo sie die Siedlung Tenochtitlán begründen sollten. Jetzt liegt hier die Hauptstadt der Republik, die Stadt Mexiko. Der auf einem Nopalkaktus sitzende Adler mit der Schlange ist ins Landeswappen aufgenommen worden.

Der Nopalkaktus, den sich der Adler und die Götter der Azteken auserkoren hatten, wuchs auf der Insel eines Hochgebirgssees, inmitten des unfruchtbaren mexikanischen Plateaus. Als die Spanier Mexiko eroberten, legten sie den See trocken, wodurch die Gegend noch öder wurde. Über dem Hochland ragen die schneedeckten Gipfel der Vulkane Popocatepetl und Iztaccihuatl auf. An ihrem Fuße, fast 2,5 km über dem Meeresspiegel, liegt die Stadt Mexiko mit ihren 1,5 Millionen Einwohnern. Obwohl innerhalb der Tropen liegend (18 Grad nördlicher Breite), hat sie ein gemäßigtes Klima.

Von dem alten Tenochtitlán ist in der Stadt nichts erhalten geblieben. Als die Spanier den Ort erstürmten, wurden alle Aztekenbauwerke — die Paläste, die Tempel, die öffentlichen Gebäude und Brücken — zerstört. Die Indianerstämmen, die auf Seiten des spanischen Eroberers Cortez kämpften, trugen, von spanischer Artillerie bedeckt, in einigen Wochen sämtliche städtischen Gebäude ab, bauten Befestigungsanlagen und legten das Terrain für Operationen der Reiterei und des Fußvolks frei. Später wurden auf Anweisung der spanischen katholischen Geistlichkeit auch „alle Wahrzeichen des Heidentums“ in den Aztekenstädten vernichtet und die Indianer gewaltsam zum Christentum bekehrt.

Von anderen Stämmen — den Tolteken und Maya — sind nur solche Bauten erhalten geblieben, die nicht zerstört werden konnten: zwei große Toltekenpyramiden in Teotihuacan sowie Mayatempel in den Dschungeln von Yukatan.

In Mexiko und Texcoco gibt es alte Indianerparks mit mehreren Meter dicken Zedern, in einem Vorort der Hauptstadt, Sotchimilho, Aztekenkanäle, auf denen sich auch jetzt noch die Jugend in blumengeschmückten flachen Indianerbooten tummelt. Die alten Indianer liebten Blumen,

sie flochten aus ihnen fleiße Girlanden und schmückten damit ihre Häuser. Diese Tradition hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten.

Das moderne Mexiko weist viele Spuren alt-indianischer Kultur auf. Städte und Dörfer tragen oft indianische Namen: Mazatlan, Cholula, Tamaulipas. Im Volke sind Indianerlegenden lebendig, alte Lieder und Volkstänze sind weitverbreitet. In Musik, Malerei und Heimgewerbe macht sich der Einfluß der indianischen Kunst bemerkbar. Das in Mexiko gesprochene Spanisch enthält viele Worte indianischer Herkunft. Manche von ihnen sind in den internationalen Sprachgebrauch übergegangen, z. B. Kakao, Schokolade, Tomate.

Viele Indianerfeste werden auch heute noch von den katholischen Mexikanern gefeiert. In den Städten werden Umzüge in Indianertracht mit Masken und exotischem Kopfputz aus Federn tropischer Vögel veranstaltet. Allerseelen z. B. schließen Betriebe und Ämter um zwei Uhr nachmittags, die Gläubigen ziehen mit Imbiß und Wein auf den Friedhof. In den Läden werden spezielle „Totenbrötchen“ und Totenschädel aus Zucker feilgeboten. Die Gaben werden den Toten aber nur symbolisch dargebracht, die Mexikaner essen das Mitgebrachte selbst, trinken Wein dazu und tanzen und spielen an den Gräbern.

Ein mexikanischer Nationalheld ist der letzte Aztekenherrscher Guatémocin, der Tenochtitlán mutig gegen die Spanier verteidigte.

Nicht weniger ausgeprägt ist aber auch der Einfluß der spanischen Kultur. Die Städte Mexikos wirken im allgemeinen spanisch: katholische Kirchen, Häuser mit kleinen Balkons und vierseitigem Innenhof, dem „patio“. Viele Städte tragen spanische Namen: Guadalajara, Cordoba, Veracruz. Das Spanische herrscht vor und ist Amtssprache. An Schulen und Hochschulen wird vor allem spanische Literatur und Kunst studiert. Im Lande gibt es zahlreiche geheime Jesuitenklöster und Falangistenorganisationen.

Die Bevölkerung Mexikos besteht zu 55 Prozent aus Mestizen, zu 28 Prozent aus Indianern und zu 15 Prozent aus Weißen. Zwei Drittel der Einwohner leben in Dörfern, sie sind in der Hauptsache Armbauern und Landarbeiter. Der größte Teil der Stadtbevölkerung besteht aus Mestizen.

Man kann diese von den Indianern leicht unterscheiden. Der mexikanische Indianer hat eine bräunlichgraue Hautfarbe (er ist keineswegs eine Rothaut), eine lange gerade Nase, schmale Augenschlitze, breite Backenknochen und schwarzes, widerspenstiges Haar. Die Männer haben schwachen Bartwuchs. Die Mestizen sind von einem viel helleren Braun, sie haben mandelförmige Augen und oft welliges Haar. Neger und Mulatten sind in Mexiko fast nicht anzutreffen.

Die Kleidung des Mexikaners besteht aus einem handgewebten Wollüberwurf — genannt Sarape —, einem Stoffstreifen mit Halsloch, ferner aus weißen oder grauen Hosen und einem breitrandigen Strohhut, dem Sombrero. Der Sarape dient als Jacke, Mantel, Regenhaut und auch als Unterlage und Decke beim Schlafen. Die Frauen tragen einen langen schwarzen Schal — die Reboza —, eine Bluse und einen einfachen Rock. Die Reboza schützt sie vor Kälte, Hitze und Regen, sie dient als Kopftuch und Gürtel; in ihr trägt man die Kinder, mit ihr bindet man den Tragkorb auf dem Rücken fest. Die Arbeiter tragen billige Berufskleidung, die Wohlhabenden und Geistesarbeiter kleiden sich europäisch.

Grundlage des Wirtschaftslebens ist die Landwirtschaft. Der Boden wird entweder umgegraben oder mit einem ochsenbespannten Holzpfug gepflügt. Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen fehlen fast gänzlich. Mexiko hat wenig urbares Land, nur fünf Prozent seiner Gesamtfläche sind Felder, Wiesen und Gärten. Die Anbaufläche könnte bei entsprechenden Bewässerungsanlagen bedeutend erweitert werden. Die wohlhabenden Klassen ziehen es jedoch vor, ihr Kapital profitabler anzuzeigen.

Mexiko kann sich nicht selbst mit Lebensmitteln versorgen. Das Land exportiert Erdöl und importiert Zucker aus Kuba, Getreide aus Argentinien. Die 1910 begonnene, aber nicht zu Ende geführte bürgerliche Revolution hat das Agrarproblem nicht gelöst. Etwa ein Drittel des Bodens gehört auch jetzt noch Großgrundbesitzern, weniger als die Hälfte besteht aus Gemeindefluren, „ejidos“. Die meisten Landgemeinden erhielten Boden während der Amtszeit des progressiven Präsidenten Cardenas. Die „ejidos“ sind eine Art Genossenschaften für die gemeinsame Benutzung der Bewässerungsanlagen. Der Boden aber wird individuell bearbeitet. Die Landwirtschaftsbanken, die den „ejidos“ Kredite gewähren, beanspruchen einen großen Teil des Ernteertrags für sich. Darunter leidet die Arbeitsproduktivität, und die Gemeindemitglieder führen ein Hungerdasein.

Mexikos Industrie ist schwach entwickelt. Es hat eine Erdölindustrie, Bergwerke, eine Lebens-

mittelindustrie und eine nicht sehr umfangreiche Textilindustrie. Die meisten Industriewaren werden zu horrenden Preisen aus den USA eingeführt. Die werk tägige Bevölkerung lebt im Elend. Angaben des Volkswirtschaftsministeriums zu folge isst die Hälfte der Bevölkerung kein Brot, trägt keine Schuhe und schlängt auf dem Fußboden. Der Mexikaner lebt in der Hauptsache von Bohnen und Maismehlpladen. In Mexiko gibt es viel Kaffee, aber er ist für die Werk tägigen kaum erschwinglich. Die Lebenshaltungskosten sind während des Krieges um ein Vielfaches gestiegen und steigen weiter. Ein Versuch der Regierung, feste Preise einzuführen, ist gescheitert. Im Lande herrschen alle möglichen Krankheiten. Die Sterblichkeitsziffern sind sehr hoch, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Arzt nicht bezahlen kann.

Infolge des Elends und der trüben wirtschaftlichen Aussichten ist die Kriminalität hoch. Auf den Landstraßen Mexikos herrscht Banditismus, im Verwaltungsapparat Korruption. Für Bestechungen — „merdidas“ — sind alle zugänglich, vom Polizisten bis zum Richter.

In den Provinzen lassen die Machthaber vollste Willkür walten. Wer reich ist, kann einen Armen ohne Gerichtsurteil ins Gefängnis stecken lassen.

In Mexiko leben zahlreiche Ausländer, die sich mühe los bereichern möchten. Fast alle großen Kaufhäuser gehören ihnen. Die durch Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte reich gewordenen französischen Geschäftsleute haben den Handel mit Schnittwaren, Konfektion und Wäsche in Händen, die Butterproduktion und die Brauereien sind Domäne der Deutschen, Restaurants und Hotels gehören Spaniern.

Vor dem Kriege, während der Präsidentschaft Cardenas', wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen (so 1938 die Verstaatlichung der Ausländern gehörenden Erdölgesellschaften), die die wirtschaftliche Unabhängigkeit Mexikos stärken sollten. Aber unter dem Präsidenten Manuel Avila Camacho, besonders gegen Ende des Krieges, konnte das USA-Kapital seine Positionen im Lande wieder festigen. Die USA Kapitalanlagen in mexikanischen Betrieben werden auf etwa eine halbe Milliarde Dollar geschätzt. USA Firmen kaufen die Aktien mexikanischer Betriebe auf, USA-Banken kontrollieren die mexikanischen Banken, USA-Gesellschaften haben fast die gesamte Nichteisenmetallgewinnung in Händen. Die USA Kapitalisten wollen sich die Erdölkonzessionen zurückverschaffen und liefern deshalb der Erdölindustrie keine Maschinen, wodurch diese in ihrer Entwicklung gehemmt wird. Die USA liefern Waffen für die mexikanische Armee, sie liefern dem Lande auch veraltete Lokomotiven.

und Flugzeuge, USA-Unternehmer importieren aus Mexiko Silber, Erdöl und wertvolle Rohstoffe. Drei Eisenbahnstrecken verbinden Nordmexiko mit den USA, während der Süden des Landes fast überhaupt keine Eisenbahnen besitzt. In Mexiko sagt man ironisch: „Armies Mexiko, du bist Gott so fern und den USA so nahe.“ Bezeichnend ist, daß der Tag, an dem 1938 die ausländischen Erdölgesellschaften verstaatlicht wurden, alljährlich als Nationalfeiertag begangen wird.

\* \* \*

Der mexikanische Staat nennt sich Vereinigte Staaten von Mexiko. Er besteht aus 28 Staaten, an deren Spitze Gouverneure stehen. Mexiko umfaßt außerdem drei Territorien und einen Bundesdistrikt, die Hauptstadt mit Umgegend. Das Staatsoberhaupt ist der auf 6 Jahre gewählte Präsident. Das Kabinett besteht aus Staatssekretären. Als bedeutendster von ihnen gilt der Staatssekretär für innere Angelegenheiten, der im Grunde Vizepräsident ist und meist später auch zum Präsidenten gewählt wird. So war Miguel Alemán, der heutige Präsident von Mexiko, früher Staatssekretär für innere Angelegenheiten. Die Gattin des Präsidenten heißt „die erste Dame der Republik“. Die Frauen haben in Mexiko kein Wahlrecht.

Die Abgeordnetenkammer und der Senat spielen eine zweitrangige Rolle. Durch Kombinationen hinter den Kulissen werden meist Anhänger des Präsidenten ins Parlament gewählt. Senatoren und Abgeordnete sind „nicht diszipliniert“, Parlamentstagungen werden oft wegen Beschußunfähigkeit vertagt.

Der von der Regierungspartei aufgestellte Präsidentschaftskandidat hat alle Aussicht, gewählt zu werden. Schon vor seiner Wahl werden die Regierungsposten unter seinen Anhängern verteilt.

Regierungspartei ist die sogenannte Konstitutionell-Revolutionäre Partei, die früher Partei der mexikanischen Revolution hieß. Sie wurde aus zwei Gründen umbenannt. Erstens hatte die Partei in den Augen des Volkes ihrem Namen keine Ehre gemacht, da sie nichts im Interesse der mexikanischen Revolution unternahm. Zweitens hatte der rechte Flügel schon lange gefordert, daß die Revolution in dem Namen der Partei nicht erwähnt werde. Die Partei ist eine bunt zusammengewürfelte Organisation ohne einheitliche organisatorische Linie.

Die Partei der chauvinistischen und faschistischen Elemente ist die Accion Nacional, unter deren Führung die klerikal-faschistische Organisation der Synarkisten steht. Diese machen weitgehend von einer Demagogie Hitlerscher Marke

Gebrauch. Sie haben es fertiggebracht, gewisse rückständige Schichten der Bauernschaft und der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Die Accion Nacional und die Synarkisten waren früher auf Deutschland, jetzt sind sie auf die reaktionären USA-Kreise eingestellt. Auf Franco waren sie stets orientiert. Der Wühlarbeit dieser faschistischen Organisationen stehen die mexikanischen Behörden völlig hilflos gegenüber. Gleich nachdem der Krieg gegen Hitlerdeutschland zu Ende war, wurden in Mexiko alle internierten Nazimatrios auf freien Fuß gesetzt, und jeder von ihnen erhielt tausend Pesos „zur Gründung eines Hauses“.

Fast alle größeren Zeitungen mit Ausnahme der Arbeiterzeitung „El Popular“, der Regierungszeitung „El Nacional“ und der Zeitschrift „El Tiempo“ gehören zum Lager der Reaktion. Die Zeitungen „Excelsior“, „Novedades“, „El Universal“ und „La Prensa“ wenden sich häufig gegen Regierung, Verfassung und Arbeiterorganisationen. Die faschistisch-synarkistischen Zeitungen „Omega“ und „El Sinarquista“ rufen unverhüllt zum Sturz der Regierung auf.

Die reaktionären Zeitungen bringen fortlaufend alberne Gerüchte, Klatschgeschichten und Nachrichten, die das Volk in Unwissenheit halten sollen. Sie schreiben z.B. über „Gespenster im Verkehrsministerium“. Ein beamteter Obskurator, der frühere Unterrichtsminister José Vasconcelos, ließ einmal hirnverbrannte astrologische Prognosen für die nächsten zehn Jahre vom Stapel.

Die katholische Kirche, die dem reaktionären Lager angehört, hat im Lande großen Einfluß. Sie ist bestrebt, unmittelbar auf die Regierung einzuwirken, und maßt sich die führende Stellung im politischen Leben an.

Die Arbeiterorganisationen spielen im Lande eine große Rolle und bilden ein starkes Gegen gewicht gegen die Reaktion. Der bekannteste Führer der Arbeiterbewegung ist Lombardo Toledano, der Vorsitzende der Konföderation der Werk täglichen Lateinamerikas. Die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes und die Schwäche der Industrie hemmen die Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung. Die Arbeiterklasse ist nicht zahlreich, die meisten Arbeiter waren vor kurzem noch Dorfbewohner.

Eine Errungenschaft der mexikanischen Arbeiterklasse ist die verhältnismäßig fortschrittliche Arbeitsgesetzgebung, die allerdings von den Unternehmern häufig sabotiert wird. Der 1. Mai ist in Mexiko Nationalfeiertag, ein „Tag der Arbeit“. An diesem Tage findet auf dem Hauptplatz der Stadt Mexiko, dem Zocalo, eine Arbeiterdemonstration statt.

Das kulturelle Leben Mexikos ist in der Hauptstadt konzentriert. Ein ständiges Theater in unserem Sinne gibt es hier nicht. Die Lichtspielhäuser sind zahlreich, gute Filme aber sind selten. Meist werden amerikanische vorgeführt.

Mexiko ist das Land der Maler. Hier finden fast ununterbrochen Bilderausstellungen statt. Als beste mexikanische Maler gelten Siqueiros und Clemente Orozco. Sie sind Anhänger der sozialen Richtung in der Kunst, einer Kunst für die Massen. Ihre Werke spiegeln die schwere Lage des mexikanischen Volkes und seine progressiven Bestrebungen wider. In vielen Ämtern, Palästen und öffentlichen Gebäuden sieht man Fresken und Gemälde dieser Künstler. Leider unterschätzen fast alle das von den Klassikern überkommene Erbe. Der Futurismus ist unter ihnen weitverbreitet, eine neue Moderichtung — der „Supersymbolismus“ — ist entstanden, der von dem Beschauer verlangt, daß er in einer Häufung phantastischer Gegenstände, menschlicher Körperteile und Maschinen den Sinn selbst entdecke. Auch in Mexiko geht die Kunst oft nach Brot: mancher Maler muß für amerikanische Bestseller arbeiten und billige Exotik liefern.

Die mexikanischen Intellektuellen sind meist fortschrittlich und besitzen politischen Einfluß. Der hervorragendste Komponist und Dirigent ist Carlos Chavez, dessen Symphonieorchester oft klassische russische Musik und Sowjetmusik spielt. Bekannte Schriftsteller sind Alfonso Reyes und Enrique Guzman, die den Nationalpreis für Literatur erhalten haben.

Auch antifaschistische Emigranten aus den europäischen Ländern, vor allem spanische Republikaner, spielen im politischen Leben Mexikos eine zweifellos progressive Rolle. Sie arbeiten in den Redaktionen linker Zeitschriften und Zeitungen

sowie in Buchverlagen und dozieren an Universitäten.

Übrigens ist die Nachfrage nach Druckschriften in Mexiko sehr gering. Die populärste Zeitschrift — „El Tiempo“ — hat eine Auflage von 7000 bis 8000 Exemplaren, Bücher werden in einer Auflage von höchstens 5000 Exemplaren herausgegeben. Das ist auch verständlich, da die Bevölkerung zum größten Teil aus Analphabeten besteht. Das Unterrichtsministerium und die mexikanische Öffentlichkeit unternahmen 1945 eine Kampagne zur Liquidierung des Analphabetentums. Es wurden 20 Millionen Fibeln und Orthographielehrbücher herausgegeben und spezielle Schulen und Kurse ins Leben gerufen. Da die Bevölkerung aber materiell schwer zu kämpfen hat, kam die Sache nur wenig vom Fleck.

In der Arbeiterklasse und unter den Geistesarbeitern Mexikos genießt die Sowjetunion große Sympathien. Das Interesse für die Volkswirtschaft und Kultur des Sowjetlandes ist sehr lebhaft. In der Hauptstadt wurden Gorkis „Nachtwalz“ und Leonows „Überfall“ aufgeführt. Es erscheinen Bücher von Sowjetschriftstellern, von Gorki, Ehrenburg und Grossmann. Aus der Sowjetunion heimkehrende mexikanische Persönlichkeiten, wie L. Quintanilla, ehemaliger mexikanischer Botschafter in der Sowjetunion, der bekannte Literat Manuel Villaseñor und Sandoval Vallerta, Präsident der mexikanischen Akademie der Wissenschaften, halten Vorträge und schreiben über unser Land. Für die kulturelle Annäherung Mexikos und der Sowjetunion ist das Mexikanisch-Russische Institut für Kulturaustausch von großer Bedeutung. Sein Leiter ist der bekannte mexikanische Historiker Professor Chavez Orozco. Der Fünfjahrplan der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft und der konsequente Kampf der Sowjetdiplomaten für den Frieden finden in weiten Kreisen des mexikanischen Volkes lebhaften Widerhall.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

## Franco und sein Regime

B. KOTSCHUBEI

ÜBER die wirkliche Sachlage in Francospanien dringen nur spärliche Nachrichten durch die Zensur des faschistischen Regimes. Um so mehr Aufsehen erregt das kürzlich in den USA erschienene Buch „Wind in den Öläumen“ von Abel Plenn\*, das die Situation an der faschistischen Brutstätte im Südwesten Europas sowie die Spanienpolitik der USA schildert.

Der Verfasser war während des Krieges Beamter der USA-Botschaft in Madrid. Er traf mit den verschiedensten Leuten, von faschistischen Bonzen bis zu Teilnehmern der illegalen antifaschistischen Bewegung, zusammen und erzählt ausführlich über den Machtantritt Francos, der Kreatur Hitlers und Mussolinis.

Als Franco der Anführer des antirepublikanischen Komplotts wurde, war die faschistische Falange nur eine kleine Sekte. Ihre Leiter, darunter auch ihr Begründer — der jüngste Sohn des Exdiktators von Spanien, Primo de Rivera —, José Antonio Primo de Rivera, saßen im Gefängnis und erwarteten die Hinrichtung.

Geschickt machte Franco sich die Gruppen der führerlosen Falange zunutze und baute sie in ziemlich kurzer Zeit zu einer weitverzweigten Organisation aus. Er öffnete ihre Tore allem möglichen Gesindel, auch kriminellen Verbrennern, die zugleich mit den inhaftierten Feinden der Republik auf freien Fuß gesetzt wurden.

Franco proklamierte offiziell den Zusammenschluß der Falange mit einer Gruppe sogenannter Traditionalisten, wodurch er die Spitzen der katholischen Kirche Spaniens für sich gewann. Dem Klerus wurden seine früheren Privilegien zurückgegeben und neue gewährt.

Gestützt auf die Falange, hielt Franco es gleichzeitig aber auch für geboten, sich der Unterstützung der Aristokratie zu versichern, nicht nur, weil in ihren Händen die Liegenschaften und sonstigen Reichtümer Spaniens konzentriert sind, sondern auch, weil sie den Kern der monarchistischen Bewegung bildet, mit der er auf alle Fälle in Verbindung zu bleiben wünschte. Gleich

in den ersten Tagen der Meuterei versprach er, in Spanien die Monarchie wieder aufzurichten und den Monarchisten weitgehende Vorrechte zu gewähren.

So wurde aus dem bisherigen General a. D. Franco „Francisco Paulino Hermenegildo Teodulo Franco Baamonde, Generalissimus der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft, Caudillo der ruhmreichen Bewegung, Nationalführer der Falange“, der als Staatsoberhaupt „Gott und der Geschichte verantwortlich ist“ und die Geschicke von 25 Millionen Spaniern lenkt...

Die Hauptstütze des Francoregimes ist natürlich der Militärklüngel, der die Vorteile seiner Position in vollen Zügen genießt. Militärs werden zu Alcalden (Bürgermeistern) der Städte und Dörfer, zu Provinzgouverneuren usw. ernannt.

Eingedenk der Tatsache, daß die Armee in Spanien stets das traditionelle Zentrum regierungsfeindlicher Verschwörungen war, bestach Franco manche Generale und stachelte andere zu monarchistischen Meutereien auf. Er schürt den Antagonismus zwischen den einzelnen Gruppen und sucht einer eventuellen gegen ihn gerichteten Einigung der Generale vorzubeugen. Einige Generale nahm er in die innere politische Junta (Leitung) der Falange auf, um ein Gegengewicht gegen diejenigen Falangeführer zu schaffen, die zu viel Autonomie beanspruchen. Er regte die Generale zu Diskussionen über die Monarchie an und verschärfe dadurch die Konflikte zwischen der Heeresleitung und den Führern der Falange, die Gegner der Monarchie sind.

Die Idee einer Wiederaufrichtung der Monarchie in Spanien wird übrigens von den englischen Diplomaten unterstützt. Plenn weist darauf hin, daß Mitte 1944, als die Niederlage Hitlerdeutschlands nicht mehr fern war, eine Gruppe von Monarchisten unter Führung Herzog Albas, des Gesandten Francospaniens in London, auf Franco einen starken Druck auszuüben begann. Herzog Alba, ein Nachkomme des unehelichen Sohns König Jakobs II. von England, trägt den Titel eines englischen Herzogs von Berwick und ist

\* Wind in the Olive Trees. by Abel Plenn. Boni and Gaer, New York 1946.

auf dieser Linie verwandt mit Winston Churchill. Wie Plenn erzählt, nennt Herzog Alba Churchill seinen „Vetter“.

Der Verfasser analysiert die Wirtschaftslage Spaniens und weist darauf hin, daß der Verfall der spanischen Volkswirtschaft auf Francos Politik zurückzuführen sei, auf das von ihm eingeführte System der Bestechung, Korruption und Unterschlagung, das die hohe Beamtenchaft bereichert, während die Bevölkerungsmassen in Elend und Hunger dahinleben. Plenn schildert, welch schwere Folgen für die spanische Industrie hatte, was er die ökonomische Diskriminierung nennt, die weite Kreise des spanischen Volkes trifft. Aus Industrie, Handel und Landwirtschaft wurden alle verdrängt, die der Sympathie mit den „Roten“ verdächtig sind. Hundertausende qualifizierter Techniker, Arbeiter und Agronomen wurden aus dem Geleise ihres normalen Lebens geworfen und Repressalien ausgesetzt.

In seiner Schilderung der politischen Bräuche in Spanien geht der Verfasser besonders auf die sehr weit verbreitete Bestechlichkeit ein. In spanischen Regierungskreisen seien Bestechungen gang und gäbe. Die Minister, die Verwandten Francos, seine Frau Carmen, alle ließen sich bestechen. Staatsgut wird von der Familie Franco und seiner Umgebung unterschlagen. Pilar, die Schwester des Caudillos, besitzt das Monopol auf die Belieferung der Rüstungsbetriebe und Regierungsarsenale mit irgendwelchen Details. Franco hat durch Beteiligung an den verschiedensten Unternehmungen in Handel und Industrie, darunter auch an einer großen Konservenfabrik in Galicien, ein großes Vermögen zusammengerafft.

Bestechungen und Unterschlagungen stehen überall in vollster Blüte, selbst in Organisationen, die sich das Mäntelchen der Wohltätigkeit umgehängt haben, wie die Invalidengesellschaft oder der Verein für soziale Hilfe. In Spanien sei durch Bestechung alles zu erreichen, man könne mit ihrer Hilfe Repressalien entgehen, einem Verfolgten sein Los erleichtern und sogar Repressalien gegen irgend jemand durchsetzen.

Das Francoregime beruht auf dem Terror, es hält sich mit Hilfe des Terrors. In Spanien sind Gestapomethoden im Schwange.

Seit dem ersten Jahrestag der Faschistenmeute von 1937 läßt Franco alljährlich am 18. Juni eine Anzahl „Roter“ erschießen. Plenn schreibt:

„Diese spezielle Sitte wurde..., wie ich bald entdeckte ..., nicht nur auf alle Nationalfeiertage wie den Geburtstag Francos und den Tag seiner Ernennung zum Staatsoberhaupt ausgedehnt, sondern auch auf die vielen offiziellen Kirchenfeste, von denen Weihnachten, Mariä Empfängnis, Fronleichnam, Ostern nur einige sind.“ (S. 34.)

Mit Ausnahme von Personen auf offiziellen oder von der Falange kontrollierten Posten sei in Spanien faktisch niemand anzutreffen, der nicht entweder selbst im Gefängnis gesessen hätte oder dessen Verwandte nicht inhaftiert wären.

Plenn ist der Meinung, die Francoregierung vertrete nicht mehr als 5 Prozent der Bevölkerung Spaniens. Diese 5 Prozent seien Staatsbeamte, Angestellte verschiedener von der Falange kontrollierter Organisationen und Betriebe, Beamte der Polizei oder der Bürgergarde, Soldaten der Fremdenlegion, der regulären Streitkräfte usw. Das spanische Volk aber führt einen unermüdlichen Kampf gegen das Francoregime. Die illegale antifaschistische Bewegung Spaniens verfügt über eine große, weitverzweigte Organisation. Als den stärksten und bestorganisierten Flügel dieser Bewegung bezeichnet Plenn die Union Nacional. Ihre Leitung befindet sich in Madrid, sie besitzt jedoch an die tausend Ortsgruppen im ganzen Lande. Die Parolen dieser Organisationen sind im Volke weitverbreitet, eine von ihnen lautet: „Weder Franco mit Falange, noch eine Falange ohne Franco oder Franco ohne Falange“. Plenn schreibt:

„... Es gab Leute..., die die Union Nacional als kommunistische Bewegung bezeichneten. Es wäre jedoch weit exakter zu sagen, daß die tatkräftige Kommunistische Partei Spaniens, die während des Bürgerkriegs bedeutend gewachsen ist und besser als die anderen republikanischen Parteien zum illegalen Kampf gerüstet war, ganz besonders zur Gründung der Union Nacional beigetragen hat.“ (S. 307/08.)

Ungefähr das gleiche habe man in der Praxis der Widerstandsbewegung in den europäischen Ländern während der Hitlerokkupation beobachten können.

Plenn geht auch auf die neuen Manöver Francos ein, der Projekte für eine Wiederaufrichtung der Monarchie aufstellt, um den Anschein zu erwecken, als solle in Spanien ein sozusagen liberales Regime geschaffen werden. Mit solchen Mitteln gibt er vor, den drohenden Bürgerkrieg abwenden zu wollen. Aber „der Bürgerkrieg in Spanien hat, seit er 1936 von Franco und seiner von der Achse unterstützten Armee provoziert wurde, nie aufgehört“ (S. 338).

\* \* \*

In einem speziellen Kapitel behandelt Plenn die Tätigkeit der spanischen Falange in den lateinamerikanischen Ländern. Dieser riesige Länderkomplex mit etwa 132 Millionen Einwohnern ist ein Objekt der imperialistischen Gelüste Francospaniens. Organisationen wie die Auslandsfalange und der Rat des Hispanismus befassen sich speziell mit der Organisierung der Wüharbeit in den

lateinamerikanischen Ländern. Sie propagieren die Idee eines neuen spanischen Reiches, das — „wie in den ruhmreichen Tagen Philipps“ — den amerikanischen Kontinent einschließen soll.

Pienn unterwirft die Politik der USA im Hinblick auf Franco einer scharfen Kritik und schreibt: „Sie bestand und besteht auch weiter in einer Konsolidierung der faschistischen Macht in Spanien“ (S. 336).

Carlton J. H. Hayes, USA-Botschafter in Spanien, behandelte Franco als „feinen christlichen Gentleman“ und sprate nicht mit Komplimenten über die „weise Führung“, die er dem Lande angedeihen lasse. Pienn spricht von den

„bedeutsamen Gesten der Freundschaft für das Franco-regime, die Botschafter Hayes in der zweiten Hälfte 1944, nach der erfolgreichen Landung der Alliierten in Frankreich und trotz des Hinweises der Chefs der vereinigten Stäbe (Joint Chiefs of Staffs) gemacht hat, daß die militärischen Erwägungen, die früher unsere Politik ... gegenüber Francospanien motivierten, nun fortfielen.“ (S. 253/54.)

Pienn schildert die Zustände in der Madrider USA-Botschaft. Er schreibt, „dort habe eine Atmosphäre der Intrigen und des gegenseitigen Mißtrauens geherrscht. Hayes habe seine Mitarbeiter einzuschüchtern gesucht.“

Da Pienn sich derart kritisch zur Politik Hayes' und zu der von ihm in der Madrider Botschaft eingeführten Ordnung verhielt, war es nicht weiter verwunderlich, wenn man ihn dort nicht gern sah und ihn bald unter dem Vorwand einer Etat-einschränkung in die USA zurückschickte. Hier versetzte man ihn in das Amt für Kriegsinformationen (Office of War Information), wo er im Dezernat für Spanien und Portugal arbeitete. Er schreibt:

„Wieder war ich in den freien, braven USA... Aber ich befand mich wieder in einer Atmosphäre der Furcht und des Betrugs, die eine täuschende Ähnlichkeit mit einigen Vorgängen im faschistischen Spanien und in unserer dortigen Botschaft hatte.“ (S. 265.)

Pienn kam zu dem Schluß, er müsse den Amerikanern alles erzählen, was er in Spanien gesehen hatte. Er ließ sich beurlauben und begann an seinem Buch „Wind in den Ölälumen“ zu schreiben. Seine Arbeit wurde aber plötzlich unterbrochen. Bei der sogenannten Kommission für Zivildienst war aus Spanien ein Schreiben eingelaufen, das den Verfasser einer Reihe von Verfehlungen bezichtigte. Wie Pienn schreibt, waren diese Anschuldigungen dumm und erlogen und gar bald widerlegt, da sie jeder Grundlage entbehrt. Pienn klagt:

„Hinter alledem ... standen die Machenschaften von mittelalterlich denkenden Kreisen sowohl bei uns als auch in unserer Madrider Botschaft, die entschlossen waren, um jeden Preis und mit allen Mitteln einen jeden zu verunglimpfen, der versuchen sollte, über Spa-

nien und über den wirklichen Sinn der dort von unserer Regierung betriebenen sogenannten Nichteinmischungspolitik die Wahrheit zu sagen.“ (S. 268/69.)

Im Nachwort ruft Pienn nochmals Francospaniens Beteiligung an der verbrecherischen Hitleraggression in Erinnerung. Diese Tatsache werde nicht nur durch die Protokolle der unter Kilgores Leitung stehenden Senatskommission aufgedeckt, sondern auch durch die von den amerikanischen Truppen in Deutschland erbeuteten 8000 Schriftstücke über Spanien, deren Veröffentlichung das USA-Staatsdepartement bisher unterbindet.

Franco hat die spanische Industrie in den Dienst Hitlerdeutschlands gestellt, er hat den Hitleragenten sein Land geöffnet und Spaniens Territorium für deutsche Stützpunkte hergegeben. Deutsche Flugzeuge benutzten die Insel Majorka als Stützpunkt. Deutsche U-Boote tankten in spanischen Häfen. Hitler legte seine Tatzen auf die wichtigsten Industriezweige Spaniens.

Pienn weist darauf hin, daß Spanien eine gefährliche Brutstätte des Faschismus, ein Herd neuer internationaler Konflikte ist. Um so mehr Aufmerksamkeit lenkt die Politik auf sich, die offizielle Kreise sowohl in den USA als auch in England betreiben, um Franco zu stützen. Pienn schreibt:

„Alle diese überaktiven Apostel einer weiteren Anerkennung der Francodiktatur erblicken im faschistischen Spanien ein ‚Bollwerk gegen den Bolschewismus‘, eine wichtige Strähne in dem neuen Sanitätskordon gegen den wachsenden Einfluß der Sowjetunion in Europa und im Mittelmeerraum. Diese von Furcht diktierte und auf Verschwörermethoden basierende Denkungsart war es natürlich, die geradewegs zur Unterstützung Hitlers, zum Hochkommen Nazideutschlands und zum zweiten Weltkrieg geführt hat.“ (S. 330.)

Gleichzeitig ist Spanien aber auch ein Objekt der ökonomischen Gelüste Englands und der USA, hauptsächlich infolge des Erbes an deutschen Investitionen in Spanien. Laut offiziellen Angaben, die der Kilgorekommission geliefert wurden, werden diese Anlagen auf 1 bis 2 Milliarden Pesetas geschätzt. Die deutschen Investitionen sind in der chemischen Industrie, in der Sprengstoffherstellung und in anderen Rüstungsindustriezweigen konzentriert. Amerikanische Geschäftsleute wollen sich die deutschen Gutshabenden in Spanien aneignen und bemühen sich ziemlich offen darum, dieses Land zu ihrer „Domäne“ zu machen. Hierüber heißt es:

„Zum größten Teil ist diese von den Amerikanern neu erlangte Kontrolle auf Francos Politik zurückzuführen, der einen Teil der deutschen Investitionen in Spanien den amerikanischen Großkaufleuten überließ, um den Rest für sich selbst zu retten.“ (S. 331.)

Wie Plenn angibt, stehen aber die Industrie, die Finanzen und der Handel Spaniens nach wie vor zum größten Teil unter Kontrolle deutschen Kapitals und deutscher Techniker. Die spanische Volkswirtschaft wird in der Hauptsache durch sogenannte Scheinfirmen kontrolliert, die formell Spaniern gehören, in Wirklichkeit aber deutsch sind. Faktisch verfügen deutsche Monopole, wie IG. Farbenindustrie, AEG und ROWAG, über die Ressourcen Spaniens, seine Banken, seine Industrie. Laut Angaben der Kilgorekommission besitzt die IG. Farbenindustrie mindestens 14 Zweigstellen, die ROWAG etwa 25.

Die spanische Rüstungsindustrie beschäftigt fast ausschließlich Naziingenieure und Nazisenschafter, von denen sich nicht weniger als 6000 in Spanien aufhalten.

Plenn beschuldigt das Staatsdepartement der USA, Francospanien zu unterstützen und zu fördern. Die USA liefern Franco Geschwader von Transportflugzeugen C 47. Diese schweren Flugzeuge mit weitem Aktionsradius sind völlig geeignet, Atombomben nach dem amerikanischen Kontinent zu befördern. Plenn schreibt:

„Es ist jetzt an der Zeit für das amerikanische Volk, sich darüber klarzuwerden, daß es in den reaktionären Sektoren unserer Presse, unter den Großkaufleuten, manchen für spanische Angelegenheiten zuständigen Beamten des Staatsdepartements sowie in anderen einflußreichen USA Kreisen Leute gibt, die sich verabredet haben, der Öffentlichkeit unseres Landes die Wahrheit über unsere offizielle Spanienpolitik seit dem „Kollaps“ der Nazimacht vorzuenthalten.“ (S. 335.)

Plenn will mit seinem Buch die amerikanische Öffentlichkeit auf die Spanienpolitik der USA aufmerksam machen. Er fordert auf, sich in die spanischen Angelegenheiten „einzumischen“, um einerseits wiedergutzumachen, was man Spanien vor zehn Jahren durch die berüchtigte „Nichteinmischungspolitik“ angetan hat, anderseits dem deutschen Faschismus das Rückgrat zu brechen, der auf spanischem Nährboden wieder üppig wuchert.

„Das faschistische Spanien ist ein Schwert..., das gegen das Herz Amerikas gezückt ist“, mit diesen Worten schließt Plenn sein Buch, das nicht nur den faschistischen Charakter des Francoregimes, sondern auch die francofreundliche Politik der USA bloßstellt.

**4. Mai**

In Bandung (einer von holländischen Truppen besetzten Stadt auf Java) proklamieren Gegner der Indonesischen Republik die Loslösung Westjavas.

**5. Mai**

Bildung eines Stabs für politische Planierung (policy planning staff) beim USA Staatsdepartement unter Leitung von George F. Kennan, einer ehemaligen Botschaftsrats der USA-Botschaft in Moskau.

**6. Mai**

In Warschau wird von Vertretern der Ukrainischen SSR und der Polnischen Republik das Protokoll über die Beendigung der Repatriierung der ukrainischen und polnischen Bevölkerung unterzeichnet.

— Werftarbeiterstreik in Hamburg (britische Besatzungszone) als Protest gegen die schlechte Lebensmittelversorgung.

**7. Mai**

W. M. Molotow, Außenminister der UdSSR, antwortet dem USA-Staatssekretär G. Marshall auf dessen neues Schreiben vom 2. Mai zur koreanischen Frage.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs spricht sich mit 2629 gegen 2125 Stimmen für das Weiterbestehen der Regierung Ramadier aus.

Verbot der Kommunistischen Partei Brasiliens. Gleichzeitig wird der Konföderation der Werktagen die Betätigung auf ein halbes Jahr verboten.

**8. Mai**

Die Sowjetpresse veröffentlicht die Niederschrift der Unterredung

## CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

**Mai 1947**

J. W. Stalins mit Harold Stassen, Mitglied der Republikanischen Partei der USA, vom 9. April d. J.

Die italienische Regierung ersucht offiziell um Aufnahme Italiens in die UNO.

**9. Mai**

Der Tag des Sieges über das faschistische Deutschland wird in der Sowjetunion, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei, in Rumänien, Frankreich und anderen Ländern gefeiert.

Unterzeichnung eines jugoslawisch-bulgarischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit.

Truman ersucht den Kongreß um Bewilligung von 24,9 Millionen Dollar zur Deckung der Kosten für die Untersuchung der „Loyalität“ der Staatsbeamten.

Das USA Repräsentantenhaus billigt mit 287 gegen 107 Stimmen Trumans Gesetzentwurf über Maßnahmen in bezug auf Griechenland und die Türkei.

Die Konservative und die Nationalliberale Partei (Liberal National Party) Englands veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung über den Zusammenschluß ihrer Organisationen zu einer „Einheitsfront des Kampfes gegen den Sozialismus“.

**10. Mai**

Abschluß der Zeichnung der Zweiten Staatsanleihe zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR. Es wurden 22 466 773 000 Rubel gezeichnet.

**11. Mai**

Eine jugoslawische Wirtschaftsdelegation unter Führung von Andrija Hebrang, dem Vorsitzenden der Zentralen Plankommission Jugoslawiens, trifft in Warschau ein.

**12. Mai**

Die auf Beschuß der Moskauer Außenministerratstagung eingesetzte Viernächtekommision zur Erörterung der nicht vereinbarten Artikel des österreichischen Vertrags tritt in Wien zusammen.

Der Sicherheitsrat nimmt die Erörterung über die Lage an der griechischen Nordgrenze wieder auf.

Bekanntgabe des Rücktritts von Dean Acheson, stellvertretendem Staatssekretär der USA; Acheson scheidet am 30. Juni aus seinem Amt aus. Zu seinem Nachfolger wird Robert A. Lovett, der frühere Gehilfe des Kriegsministers für Luftfahrtangelegenheiten, ernannt.

In Budapest beginnt der Prozeß gegen die zweite Gruppe der antirepublikanischen Verschwörer.

Der ehemalige Hitlerminister Schacht wird von der Entnazifizierungskammer in Stuttgart zu 8 Jahren Arbeitslager verurteilt.

**13. Mai**

USA Staatssekretär G. Marshall antwortet auf das Schreiben W. M. Molotows vom 7. Mai betreffend die Wiederaufnahme der Tätigkeit der sowjetisch-amerikanischen gemischten Kommission für Korea.

# VERLAGSANZEIGEN

## VERLAG DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UdSSR

### Neuerscheinungen:

- Prof. R. A. AWERBUCH — *Italien im ersten und zweiten Weltkrieg.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 152 S., Rbl. 5.—
- L. S. BERG — *Die Entdeckung von Kamtschatka und die Beringexpedition 1725—1742.* 380 S., Rbl. 30.— Mit Karten.
- I. U. BUDOWNITZ — *Die russische Publizistik des 16. Jahrhunderts.* 312 S., Rbl. 18,50
- W. J. WASSILJEW — *Indochina.* 276 S., Rbl. 11,— Mit Karten. Politisch-ökonomischer Abriß.
- B. D. GREKOW — *Die Bauern in Rußland von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jahrhundert.* 960 S., Rbl. 58,50
- K. N. DERSHAWIN — *Voltaire.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 484 S., Rbl. 25,—
- HISTORISCHE BLÄTTER. Verantwortlicher Schriftleiter Akademiemitglied B. D. Grekow. Band XXI. 332 S., Rbl. 24,—  
*Inhalt:* S. S. Gadsatzki — Das Ishoraland zu Anfang des 17. Jahrhunderts; N. J. Novombergski — Zur Frage der äußeren Geschichte des Gesetzbuches der Landesversammlung (Ssobornye Uloshenije) von 1649; D. I. Petrikew — Der Grundbesitz des Bojaren B. I. Morosow; N. I. Priwalowa — Der Handel der Stadt Kassimow Mitte des 17. Jahrhunderts; F. I. Poljanski — Die interurbanen Zunftverbände im Deutschland des 14.—15. Jahrhunderts; N. A. Jerofejew — Die englisch-amerikanischen Beziehungen und die alliierte Blockade 1914/15; S. S. Grinberg — Der erste Weltkrieg und das bulgarische Volk; L. W. Tscherepnin — Inhalt und Ursprung der Nowgoroder Rechtssatzung; S. K. Schambinago — Die Joakimer Chronik; I. U. Budownitz — Iwan der Schreckliche in der russischen historischen Literatur.
- S. W. KALESNIK — *Nordkaukasus und Unterer Don.* Physikalisch-geographische Beschreibung. (Populärwissenschaftliche Serie.) 132 S., Rbl. 7,— Mit einer Karte.
- N. N. KALITIN — *Die Sonnenstrahlen.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 112 S., Rbl. 6,—
- A. P. KARPIŃSKI — *Abhandlungen über die geologische Vergangenheit des europäischen Rußlands.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 208 S., Rbl. 13,50. Mit Karten.
- Ch. S. KOSCHTOJANZ — *Skizzen zur Geschichte der Physiologie in Rußland.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 496 S., Rbl. 27,—
- Akademiemitglied L. LEIBENSON — *Nikolai Jegorowitsch Shukowski.* (Zum 100. Geburtstag.) 184 S., Rbl. 7,50  
*Abriß des Lebens des berühmten russischen Bahnbrechers im Luftfahrtwesen.*
- LITERARISCHER NACHLASS. N. A. Nekrassow. Herausgegeben von P. I. Lebedew-Poljanski unter Mitarbeit von I. S. Silberstein und S. A. Makashin. 660 S., Rbl. 50,—
- D. S. LICHATSCHOW — *Russische Chroniken und ihre kulturhistorische Bedeutung.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 500 S., Rbl. 28,—
- Prof. B. L. LITSCHKOW — *Karpinski und seine Zeit.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 76 S., Rbl. 5,—
- DIE MOLDAUSCHE SSR. (Populärwissenschaftliche Serie.) 124 S., Rbl. 6,— Politisch-ökonomischer Abriß.
- Ehrenmitglied der Akademie N. A. MOROSOW — *Geschichte meines Lebens.* Band I. (Populärwissenschaftliche Serie.) 504 S., Rbl. 25,50
- F. I. NOTOWITSCH — *Der diplomatische Kampf während des ersten Weltkrieges.* Band I. Wie die Alliierten die Balkanhalbinsel verloren. 748 S., Rbl. 34,—
- Akademiker W. A. OBRUTSCHEW — *Grigori Nikolajewitsch Potanin. Sein Leben und Wirken.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 288 S., Rbl. 17,— Biographie eines russischen Asienforschers des 19. Jahrhunderts.
- BRIEFE UND DOKUMENTE DES KAISERS PETER DES GROSSEN. Band VII. Zweiter Teil. (1708.) 936 S., Rbl. 15,—
- J. PRIKASTSCHIKOWA — *Die ökonomischen Anschaungen A. N. Radichtschews.* 144 S., Rbl. 6,50
- Prof. B. J. RAIKOW — *Beiträge zur Geschichte der Evolutionsideen in Rußland vor Darwin.* Band I. 192 S., Rbl. 17,—
- O. D. TRIROGOWA-MENDELEJEW — *Mendelejew und seine Familie.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 104 S., Rbl. 10,—
- Akademiemitglied A. E. FERSMAN — *Zur Geschichte der Steinkultur in Rußland.* 76 S., Rbl. 4,—
- PHILOSOPHISCHE BLÄTTER. Band I. 272 S., Rbl. 18,50  
*Inhalt:* Prof. W. I. Swetlow — Die Herausbildung der philosophischen Anschaungen von Marx und Engels; Prof. M. P. Baskin — Die reaktionäre deutsche Geschichtsschreibung — eine der Quellen der faschistischen Ideologie; Prof. G. S. Waszki — Die philosophischen Ansichten A. I. Herzens; Kandidat der phil. Wissenschaften P. W. Tawantzev — Die Klassifizierung der Syllogismen; Kandidat der chem. Wissenschaften B. M. Kedrow — Der Begriff des „chemischen Elements“ und seine logische Analyse; L. O. Resnikow — Das Problem der Begriffsbildung im Lichte der Sprachgeschichte; M. Selektor — Das Sowjetvolk als Schöpfer und Neuerer.
- Prof. W. W. SCHARONOW — *Der Mars.* (Populärwissenschaftliche Serie.) 180 S., Rbl. 12,—
- A. J. SCHPIRT — *Veränderungen in der Roh- und Treibstoffwirtschaft während des zweiten Weltkrieges.* 320 S., Rbl. 13,50.

**DIE NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH  
IN  
RUSSISCHER,  
ENGLISCHER,  
FRANZÖSISCHER  
UND  
DEUTSCHER SPRACHE

**DIE NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS.

**DIE NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEIN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSONALICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.